

Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH,
Halle (VVV)

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2006

1 Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Konzern und Geschäftsfelder

Der VVV-Konzern ist mit seinen Beteiligungsunternehmen der größte kommunale Dienstleister in Sachsen-Anhalt. Mit seinen durchschnittlich 2.686 Beschäftigten sowie mit den überwiegend an regionale Unternehmen erteilten Aufträgen für Investitionen, Instandhaltungen, Materialien und Fremdleistungen gehen von den Konzernunternehmen beachtliche wirtschaftliche Impulse für die Entwicklung der Region aus.

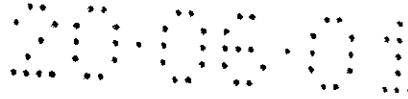
Die Geschäftsfelder des Konzerns unterteilen sich in die Bereiche Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft/Logistik, Services und Verkehr. Der Geschäftsbereich **Energie** umfasst die Erzeugung von Strom und Wärme, die Lieferung von Strom, Gas und Wärme sowie die Erbringung vielfältiger energienaher Dienstleistungen. Der Bereich **Wasser/Abwasser** erbringt neben der Bereitstellung von Trinkwasser und der Ableitung bzw. Reinigung von Abwasser auch zahlreiche technische und -kaufmännische (Betriebsführungs-)Dienstleistungen. Im Geschäftsbereich **Abfallwirtschaft/Logistik** werden Abfallbeseitigungs-, Straßen- und Gebäudereinigungsleistungen, Gütertransport- und Logistikleistungen sowie Ansiedlungsmanagementleistungen erbracht. Der Bereich **Services** nimmt sämtliche informationstechnologischen Aufgaben für die Unternehmen des Stadtwerke-Teilkonzerns wahr und bietet darüber hinaus Beratungs- und Dienstleistungen in den Bereichen IT-Infrastruktur, Systemintegration, Organisationsmanagement/-beratung, geoinformations- und webbasierte Lösungen und Rechenzentrumsleistungen an. Der Bereich **Verkehr** umfasst Beförderungsleistungen mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle und im angrenzenden Umland, Mietwagen- und Gelegenheitsverkehre sowie den Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs.

1.2 Operative Gesellschaften und Konzernsteuerung

Die Leistungen in den einzelnen Bereichen werden jeweils von einer oder mehreren Tochterunternehmen des Konzerns erbracht. Die Konzernleitung obliegt Herrn Geschäftsführer Wilfried Klose (Sprecher), Herrn Geschäftsführer Francois Girard und Herrn Geschäftsführer Egbert Geier (bis 15. Juni 2006: Eberhard Doege). Die Verwaltung der Konzernholding wird über einen Dienstleistungsvertrag durch das Tochterunternehmen Stadtwerke Halle GmbH (SWH) durchgeführt. Die Tochterunternehmen werden durch die jeweiligen Geschäftsführungen bzw. Vorstände geleitet.

Die Organisations-, Planungs- und Berichtsstruktur des Konzerns gliedert sich analog der Geschäftsfelder in die Bereiche: Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft/Logistik, Services und Verkehr. Die Schwerpunkte in der Steuerung bilden die Konzernunternehmen EVH GmbH, Hallesche Wasser und Abwasser GmbH, Stadtwirtschaft GmbH Halle, Hafen Halle GmbH, IT-Consult Halle GmbH sowie Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG).

1.3 Rahmenbedingungen



Das wirtschaftliche Wachstum Deutschlands war im Jahr 2006 so hoch, wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Auch im Jahr 2007 dürfte sich das Wachstum nach Einschätzung der Institute fortsetzen. Die Wirtschaft Ostdeutschlands und ebenso auch Sachsen-Anhalts legte dabei im Jahr 2006 stärker zu als im Bundesdurchschnitt. Die konjunkturelle Entwicklung erfasste seit vielen Jahren erstmals auch den Arbeitsmarkt und sorgte insbesondere auch in Sachsen-Anhalt für eine deutliche Verbesserung der Situation.

Für die Unternehmen der Stadtwerke und für die HAVAG war die Bevölkerungsentwicklung im Stammmarkt Halle weiterhin von hoher Relevanz. Zum Jahresende 2006 zählte die Stadt Halle 233.874 Einwohner und somit fortgesetzt weniger als in den Vorjahren (2005: 235.959). Jedoch nimmt die Anzahl der Haushalte nicht in diesem Umfang ab. Somit erfolgt eine teilweise Kompensation des Bevölkerungseffektes.

Die Geschäftsbereiche des Konzerns unterliegen weiterhin einem bedeutsamen Wandel. Änderungen in den Rechtsrahmen und eine zunehmende Intensivierung des Wettbewerbs in allen Bereichen waren hierfür maßgeblich. Zu nennen sind insbesondere die staatliche Festsetzung der Netznutzungsentgelte für Strom und Gas, die verpflichtende Abtrennung des Netzgeschäftes (Strom und Gas) vom übrigen Geschäft (Legal Unbundling), die Markteintritte neuer Wettbewerber bzw. die anhaltende Diskussion über Konzessionswettbewerbe in den Bereichen Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft/Logistik sowie Verkehr.

Darüber hinaus waren die Entwicklung der Beschaffungspreise für Energien, Wasser und Kraftstoffe sowie die im Jahr 2007 anstehenden Neukonzessionierungen im Busbereich für die Geschäftstätigkeit mitbestimmend.

1.4 Strategie und Ziele

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Entwicklung und in Anbetracht der angespannten finanziellen Lage der Gesellschafterin zielt die VVV auf eine weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Tochterunternehmen sowie auf eine nachhaltige Steigerung der Ertragskraft mit dem Ziel der Absenkung der städtischen Zuschüsse für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Erzielung von Effizienzvorteilen durch Zusammenfassung paralleler Querschnittsfunktionen (Shared Services), Ausbau der Wertschöpfungstiefen durch Akquisitionen und Kooperationen sowie auch strukturelle Überprüfungen zur Zusammenlegung von Tochterunternehmen.

Erste Maßnahmen konnten bereits auf Ebene des Stadtwerke-Teilkonzerns umgesetzt werden. So wurde durch teilweise Überleitung der Personalabteilungen der Tochterunternehmen auf die Tochter EVH GmbH der Zentralbereich Personal der Stadtwerke Halle geschaffen, welcher die personalbezogenen Aufgaben der anderen Töchter und der Holding wahrnimmt. Daneben wurden die Revisionsstäbe der Töchter EVH GmbH, Hallesche Wasser und Abwasser GmbH und der Stadtwirtschaft GmbH Halle auf Ebene der Holding zur Konzernrevision zusammengefasst, die nunmehr allen Töchtern als interner Dienstleister zur Verfügung steht.

2. Ertragslage

2.1 Außerordentliche Effekte

Das Konzernergebnis 2006 wurde durch außerplanmäßige Abschreibungen im Sachanlagevermögen des SWH-Teilkonzerns beträchtlich belastet. Daneben wurden Wertberichtigungen von Beteiligungsbuchwerten vorgenommen, die sich jedoch im Konzernabschluss, bis auf das assoziierte Unternehmen Abrechnungsgesellschaft für Ver- und Entsorgungsleistungen mbH, Halle (Saale) (AVE) konsolidierungsbedingt nicht auswirkten. Bedingt durch diese Einmaleffekte spiegelt das Jahresergebnis nicht den Erfolg des operativen Geschäfts wider.

Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der Trinkwasserversorgung der Hallesche Wasser und Abwasser GmbH erfolgte eine Änderung des Nutzungskonzeptes des Wasserwerkes Beesen vom Betriebswasserwerk mit Reservekapazität zu einem reinen Reservewasserwerk. Dieses erforderte eine entsprechende Anpassung der Anlagenbuchwerte auf den niedrigeren Wert. Die sich daraus ergebenden außerplanmäßigen Abschreibungen beliefen sich auf rd. 14 Mio. € netto (d. h. nach ertragswirksamer Auflösung korrespondierender Sonderposten für Investitionszuschüsse).

Bei der Hafen Halle GmbH wurden auf Grund des fortgeschriebenen Ansiedlungskonzeptes im Zuge der Überprüfung der Werthaltigkeit der Vermögenswerte für die Sparten Schiffsverkehr und Ansiedlung nachhaltig negative Ertragswerte ermittelt. Die infolge dessen vorzunehmenden außerplanmäßigen Abschreibungen beliefen sich auf rd. 9 Mio. € netto.

Die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH trug durch Bildung einer Drohverlustrückstellung (Vorwegnahme außerplanmäßiger Abschreibungen) sowie durch außerplanmäßige Abschreibungen vorhandener Vermögensgegenstände dem Umstand Rechnung, dass für die zum 31. Dezember 2007 vom Leasinggeber zurückzukaufenden Kraftwerksanlagen keine Nachnutzung unterlegt werden konnte. Entsprechend der vertraglichen Regelungen wurden die Kunden der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH mit dem daraus resultierenden Aufwand belastet. Der anteilige Aufwand belastete das außerordentliche Ergebnis der EVH GmbH mit rd. 10 Mio. €.

Zusammen führten die außerordentlichen Maßnahmen zu einer Belastung des außerordentlichen Ergebnisses des Konzerns von rd. 33 Mio. €.

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

Die Außenumsätze des Konzerns konnten im Vergleich zum Vorjahr um 34,0 Mio. € auf 444,2 Mio. € zulegen. Der Anstieg von 8 % resultierte hauptsächlich aus dem Stadtwerke-Teilkonzern und dort überwiegend aus dem Geschäftsbereich Energie.

Umsatzleistungen (konsolidiert)	2006	2005	2004
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Stromversorgung	154,1	124,5	111,9
Erdgasversorgung	56,5	52,3	49,0
Fernwärmeversorgung	50,5	49,1	46,4
Abwasserentsorgung	47,1	45,8	47,1
Wasserversorgung	33,6	33,4	34,2
Öffentlicher Personennahverkehr	34,0	34,9	33,6
Abfallentsorgung	14,5	19,3	18,1
Reinigungsdienstleistungen	11,3	11,4	11,0
Freizeit (Erlebnisbad)	3,0	2,8	2,8
DV/IT-Dienstleistungen	5,7	6,7	5,1
Hafen-Leistungen	0,5	0,3	0,6
Sonstiges	33,4	29,7	18,5
Gesamt:	444,2	410,2	378,3

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr resultierte hauptsächlich aus der bei der HAVAG erfolgten ertragswirksamen Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge für nichtaktivierungsfähige Verkehrsbaumaßnahmen (Abgang von Anlagen im Bau sowie Auflösung des Sonderpostens in Höhe von jeweils 52,4 Mio. €). Spiegelbildlich hierzu erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Gegenläufig wirkten sich innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge die gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Mio. € niedrigeren Erträge aus der Auflösung der Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung aus, da der Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung der HAVAG-Beteiligung im Vorjahr vollständig abgeschrieben war.

Die Gesamtleistung des Konzerns erhöhte sich um 75,6 Mio. €. Hierbei unterlagen den Umsatzentwicklungen folgende Absatzverhältnisse:

Absatzleistungen (konsolidiert)	Einheit	2006	2005	2004
Stromversorgung	GWh	1.653,8	1.432,3	1.390,5
Erdgasversorgung	GWh	1.141,8	1.151,9	1.175,4
Fernwärmeversorgung	GWh	746,0	821,4	868,6
Abwasserentsorgung	Mio. m ³	9,8	10,0	10,4
Wasserversorgung	Mio. m ³	17,7	17,5	18,0
Öffentlicher Personennahverkehr				
Beförderte Personen	1000	59.003,0	60.611,0	58.695
Personen-km	Mio.	369,0	385,0	362
Abfallwirtschaft				
Rest-, Bio- und Sperrmüll	t	75.759,4	75.740,0	80.832,0
Bauabfälle	t	13.082,9	12.422,0	16.674,0
LVP-Fraktionen	t	5.932,6	6.313,0	6.751,0
PPK-Fraktionen	t	21.688,6	20.356,0	19.677,0
Containerumschläge	Anzahl	26.270,0	23.754,0	26.704,0
Gebäudereinigung	Objekte	280	293	311
Kehrkilometer	km	52.756,7	49.570,0	61.740,0

Der Anstieg des Materialaufwandes um 33,9 Mio. € war weitestgehend Folge der preis- und mengenbedingten Zunahmen der Energiebezugskosten.

Der Personalaufwand verringerte sich im Vorjahresvergleich um 3,3 Mio. € auf 103,2 Mio. €. Geringere Personalaufwendungen fielen insbesondere in den Geschäftsbereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft/Logistik und Verkehr an. Der Rückgang ist Ausdruck fortgesetzter Bemühungen zur sozialverträglichen Anpassung an veränderte Markt- und Wettbewerbsverhältnisse sowie insbesondere an die absehbare Regulierungspraxis im Energiebereich.

Die planmäßigen Abschreibungen des Konzerns lagen im Wesentlichen auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich zum Vorjahr hauptsächlich in Folge des Abgangs von unter den Anlagen im Bau im Vorjahr ausgewiesenen nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen um 52,4 Mio. €.

Die Veränderung der Positionen Erträge aus Beteiligungen sowie Verluste aus Beteiligungen war hauptsächlich Folge der ertragswirksamen Abschreibung des aktivischen Unterschiedsbetrags aus der erstmaligen Anwendung der Equity-Bewertung eines assoziierten Unternehmens.

Das Zinsergebnis sank gegenüber dem Vorjahr um 0,85 Mio. € hauptsächlich bedingt durch eine Darlehensaufnahme der SWH zur Finanzierung des Kaufes weiterer Anteile an der EVH GmbH.

Das außerordentliche Ergebnis des Konzerns war hauptsächlich durch die außerplanmäßigen Abschreibungen beeinflusst.

Hierdurch bedingt erzielte der Konzern einen Jahresfehlbetrag -20,3 Mio. €, welcher um 42,7 Mio. € unter dem Vorjahreswert (22,4 Mio. € Jahresüberschuss) lag.

2.3 Ertragslage der Geschäftsbereiche und der wichtigsten Konzernunternehmen

Energie

Die im Jahr 2005 durch das neue Energiewirtschaftsgesetz eingeleiteten grundlegenden Änderungen des Ordnungs- und Rechtsrahmens haben die Branche auch im Jahr 2006 maßgeblich geprägt. Für die Regulierung der Netznutzungsentgelte für Strom und Gas sowie für die ab dem 1. Juli 2007 verpflichtende unternehmensrechtliche Abtrennung des Netzbetriebs von der Erzeugung und dem Vertrieb (sog. „Legal Unbundling“) waren komplexe Vorarbeiten erforderlich.

Nach umfassender Vorbereitung hatte die **EVH GmbH** die rechtlichen, organisatorischen und kaufmännischen Voraussetzungen für die Etablierung einer Netzgesellschaft erfolgreich umgesetzt. Ab dem 1. Januar 2007 wird der Netzbetrieb von der „Energieversorgung Halle Netz GmbH“ als 100%ige Tochter der EVH geführt. Das Anlagevermögen wurde von der EVH gepachtet. Es wurde ein Ergebnisabführungsvertrag zur EVH abgeschlossen.

Daneben wurden für die Genehmigung der Netznutzungsentgelte für Strom und Gas ab 2007 im abgelaufenen Jahr 2006 die erforderlichen Anträge und Unterlagen erstellt und bei der Bundesnetzagentur (Strom) bzw. der Landesnetzagentur (Gas) eingereicht. Die Genehmigungen erfolgten im ersten Quartal 2007 mit durchschnittlichen Abschlägen von den beantragten Netznutzungsentgelten von 9,1 % für Strom und 9,9 % für Gas.

Mit Inkrafttreten des neuen Energiesteuergesetzes am 1. August 2006 wurde der für die Stromproduktion erforderliche Gaseinsatz in den Kraftwerken, anders als nach dem bis dahin geltenden Mineralölsteuergesetz, gänzlich von der Steuer befreit. Dieses ermöglicht einen flexibleren Kraftwerkseinsatz, da die Fahrweise der Anlagen nicht mehr von der Erreichung eines Jahresbrennstoffnutzungsgrades abhängig ist. Zudem errichtete die EVH einen Fernwärmespeicher. Hierdurch kann in gewissem Umfang eine vom Wärmebedarf unabhängige Produktion des in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugten Stroms des Kraftwerks Dieselstraße ermöglicht und somit eine weitere Flexibilisierung erreicht werden.

Darüber hinaus war das Geschäftsjahr 2006 durch beachtliche Steigerungen der spezifischen Energiebezugskosten gekennzeichnet, die auch bei der EVH Preisanpassungen erforderlich machten. Zudem sorgten die vor allem im letzten Quartal unüblich hohen Temperaturen für einen geringeren Gas- und Wärmebedarf der Kunden.

Mit einem Absatz von 1.354 GWh konnte die EVH 258 GWh mehr Strom verkaufen als im Vorjahr. Sie erzielte hierbei Umsatzerlöse von 134,3 Mio. € (Vorjahr 110,9 Mio. €). Maßgeblich hierfür waren Akquisitionserfolge bei überregionalen Großkunden.

Der Wärmeabsatz lag witterungsbedingt um 75 GWh unter dem Vorjahreswert und erreichte 752 GWh. Durch die vertraglich vereinbarten Preisanpassungen auf Grundlage der Ölpreisentwicklung stieg der Wärmeumsatz im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 %.

Der Erdgasabsatz der EVH belief sich auf 2.041 GWh und lag um 1,4 % unter dem Vorjahreswert. Auch hier führten Preisanpassungen entsprechend der Marktentwicklung zu einem Anstieg der Umsatzerlöse.

Die Umsatzerlöse der EVH betragen (ohne Stromsteuer) insgesamt 290,8 Mio. €. Dieses entsprach einem Zuwachs von 38,9 Mio. € oder 15 %. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit fiel mit 17,6 Mio. € insbesondere durch die witterungsbedingten Bedarfsrückgänge bei Gas und Wärme und durch die gestiegenen Energiebezugskosten um 4,4 Mio. € geringer aus als im Vorjahr. Bedingt durch die genannten außerordentlichen einmaligen Effekte aus der KWT wurde das außerordentliche Ergebnis der EVH belastet und betrug -17,3 Mio. €. Die Gesellschaft führt hierdurch bedingt an die Stadtwerke Halle GmbH einen Gewinn für das Jahr 2006 von 0,2 Mio. € ab (Vorjahr 12,9 Mio. €).

Wasser/Abwasser

Für die **Hallesche Wasser und Abwasser GmbH** (HWA) waren neben der bereits angeführten Änderung des Nutzungskonzeptes des Wasserwerkes Beesen im Rahmen der Erarbeitung einer Trinkwasserzielplanung die Vorbereitungen für den Abschluss eines Konzessionsvertrages über die Abwasserbeseitigung mit der Stadt Halle von Bedeutung. Dieser wurde im Dezember 2006 durch den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossen und hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Beachtliche Änderungen hieraus ergeben sich durch den Ausweis der Umsatzsteuer in den privatrechtlichen Abwasserentgelten und der somit gegebenen Möglichkeit des Vorsteuerabzuges für Unternehmen.

Parallel hierzu wurde ein Konzessionsvertrag Wasser mit der Stadt Halle abgeschlossen. Mit beiden Konzessionsverträgen wurden die wesentlichen Grundlagen zur Fortführung der Gesellschaft für die nächsten 20 Jahre geschaffen.

Des Weiteren besaß die fortgeführte Zusammenarbeit und Koordination der Rückbaumaßnahmen der im Rahmen des Stadtumbaus Ost beteiligten Unternehmen weiterhin hohe Priorität. Durch den Grad der Abstimmungen konnte die erforderliche Planungssicherheit geschaffen werden.

Darüber hinaus verfolgte die HWA weiterhin bereits eingeleitete Projekte und Maßnahmen zur Steigerung der Ertragskraft der Gesellschaft. Hierzu zählten Shared Services Projekte, die Fortführung der Personalentwicklungskonzeption sowie Untersuchungen zur Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation.

Durch die warme Witterung konnte der Wasserabsatz der HWA insgesamt entgegen dem langjährigen Trend leicht zulegen. Hierbei zeigte sich im Stadtgebiet Halle bedingt durch die Bevölkerungsentwicklung ein leichter Rückgang, während der Wasserabsatz im Saalkreis und bei Weiterverteilern anstieg. Die Umsätze aus dem Bereich Trinkwasser lagen mit 33,2 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert. Aus der Geschäftsbesorgung Abwasserbeseitigung für die Stadt Halle (Saale) wurden Umsätze von 47,1 Mio. € erzielt (Vorjahr 45,8 Mio. €).

Im Jahr 2006 erzielte die HWA Umsatzerlöse von insgesamt 85,9 Mio. € und somit 1,9 Mio. € mehr als im Vorjahr. Hauptsächlich durch gestiegene sonstige Aufwendungen und durch leicht angestiegene Zinsaufwendungen verzeichnete die HWA ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 3,2 Mio. € und somit 1,5 Mio. € weniger als im Vorjahr. Hierbei erzielte die HWA-Tochter W+H Wasser- und Haustechnik GmbH einen Gewinn von 0,3 Mio. €.

Bedingt durch die außerplanmäßigen Abschreibungen erzielte die HWA ein Ergebnis vor Erträgen aus Verlustübernahme in Höhe von -12,5 Mio. €.

Abfallwirtschaft/Logistik

Das Geschäftsumfeld der **Stadtwirtschaft GmbH Halle** (SGH) war durch den im Entsorgungsmarkt weiterhin gegebenen zunehmenden Wettbewerbsdruck gekennzeichnet, der auf Unternehmenskonzentrationen und fortschreitenden Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen beruht.

Auf Grund der durch die Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall seit 1. Juni 2005 nicht mehr möglichen Deponierung biologisch abbaubarer Abfälle (darunter auch Hausmüll) stiegen die Preise der Abfallbehandlungsanlagen rasant an. Dieses galt insbesondere für Hausmüll und Gewerbeabfälle. Für die von der SGH erfassten und gesammelten Abfälle wurden entsprechende Verwertungs- und Beseitigungskapazitäten gesichert und die logistischen Voraussetzungen (Zwischenlagerung, Verladung und Transport) bereits im Vorjahr umgesetzt.

Als Reaktion auf die allgemeine Preisentwicklung des Abfallmarktes setzte die SGH verschiedene Maßnahmen zur Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation um. Hierzu zählten die Neuorganisation und Einrichtung eines zentralen Stoffstrommanagements mit dem Ziel der Reduzierung der Kosten für bezogene Entsorgungsleistungen, Maßnahmen zur frühzeitigen Abfalltrennung bereits an den Anfallstellen, Reorganisation und Ausbau der Wertstoffmärkte für anliefernde Kunden.

Darüber hinaus arbeitete die SGH an dem weiteren Ausbau der Wertschöpfungstiefe durch Erweiterung des Leistungsportfolios des Unternehmens und durch die Akquirierung zusätzlicher Stoffströme.

Im Geschäftsjahr 2006 erzielte die SGH Umsatzerlöse von 27,1 Mio. €, die somit um 5,0 Mio. € unter dem Vorjahreswert lagen. Der Rückgang der Umsätze erfolgte durch eine abrechnungstechnische Umstellung für die Kosten der Abfallbeseitigung. Diese Kosten wurden in den Vorjahren zunächst der SGH in Rechnung gestellt und von dieser dann an die Stadt Halle (Saale) weiterberechnet. Die Kosten der Abfallbeseitigung werden nun direkt zwischen der Stadt und den Anlagenbetreibern abgerechnet. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der SGH betrug 2,5 Mio. € und somit 1,8 Mio. € mehr als im Vorjahr. Die SGH weist einen Gewinn vor Ergebnisabführung von 0,6 Mio. € auf und konnte ihr mit außerordentlichen Effekten belastetes Vorjahresergebnis (-1,3 Mio. €) deutlich verbessern.

Das wirtschaftliche Umfeld der **Hafen Halle GmbH** (HFH) zeigte einen Anstieg des bundesweiten Güterverkehrsaufkommens in den Zweigen Eisenbahn, Binnenschifffahrt und Straße. Im Vergleich hierzu nahm der Schiffsumschlag in Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Vorjahr leicht ab. Auf Grund der nicht ganzjährig schiffbaren Saale erfolgten im Geschäftsjahr 2006 keine Schiffsumschläge. Dafür stiegen der straßenseitige Güterverkehr und der Bahnverkehr beachtlich an. Die Akquisition von bahn- und straßenseitigen Umschlagsleistungen stellt für den Hafen einen wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hierbei gewinnt die direkte Ansiedlung von Unternehmen an Bedeutung. Hierdurch sollen auch zusätzliche Geschäftspotentiale für die anderen Geschäftsbereiche des Konzerns erschlossen werden. Federführend durch den Hafen wurden im Verbund mit den Stadtwerken deshalb verschiedene Ansiedlungsvorhaben betreut.

Der Hafen erzielte im Geschäftsjahr 2006 eine Gesamtleistung von 2,2 Mio. €, welche auf Vorjahresniveau lag. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug -2,1 Mio. € und lag um 0,6 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Auf Grund der genannten außerplanmäßigen Abschreibungen erzielte die Gesellschaft ein außerordentliches Ergebnis von -8,5 Mio. € und wies ein Ergebnis vor Erträgen aus Verlustübernahme von -10,6 Mio. € aus.

Services

Das Umfeld der **IT-Consult Halle GmbH** (ITC) war durch die Kosten- bzw. Wettbewerbssituation ihrer Kundengruppen maßgeblich bestimmt. Die Haushaltssituation kommunaler Kunden sowie der Kosten- und Wettbewerbsdruck von Ver- und Entsorgungsunternehmen waren hierfür kennzeichnend.

Die Geschäftstätigkeit der ITC war im abgelaufenen Jahr auf die Optimierung der Leistungserstellung für die Stadt Halle und die Konzernunternehmen mit allen Dienstleistungen der Informationstechnologie ausgerichtet. Darüber hinaus bietet ITC insbesondere für Dritte im kommunalen Bereich IT-Dienstleistungen bei der Nutzung von Standardsoftware (SAP), Internet- und Intranettechnologie, geografischer Informationsverarbeitung und E-Government-Lösungen an.

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte waren die Akquisition von Projekten im Bereich von DV-Betriebsführungen, der Betrieb der SAP-Software für die Konzernunternehmen auf einer gemeinsamen Plattform, die weitere Umsetzung des Projektes mit der Stadt Halle (Saale) zur Erneuerung der Datenverarbeitung, die in diesem Zusammenhang durchgeführte Einführung neuer Verfahren und die Erneuerung von DV-Arbeitsplätzen.

ITC erzielte im Jahr 2006 eine Gesamtleistung von 9,6 Mio. €, die damit auf Vorjahresniveau lagen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug 1,8 Mio. € und übertraf den entsprechenden Vorjahreswert um 0,3 Mio. €. Das außerordentliche Ergebnis betrug bedingt durch die Bildung einer Rückstellung für Altersteilzeit -0,5 Mio. €. Die Gesellschaft erzielte ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 1,3 Mio. €, welches mit rund 0,9 Mio. € über den Erwartungen lag.

Verkehr

Für die **HAVAG** war zum einen die durch Rechtsprechung erfolgte Konkretisierung der beihilfekonformen Bezuschussung des ÖPNV sowie der weiter anhaltende Wettbewerbsdruck maßgeblich, der sich u. a. in der Ausschreibung von Buskonzessionen im Jahr 2007 niederschlägt.

Hinsichtlich der Bezuschussung des ÖPNV wurde zwischen der Stadt Halle, der VVV und der HAVAG eine Anpassung des bestehenden Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages vorbereitet, der im Jahr 2007 durch den Stadtrat verabschiedet wurde.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Wettbewerbsdrucks zielte HAVAG auf die weitere Umsetzung der Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Effektivität der Leistungserbringung. Mit der Fortsetzung der Maßnahmen konnten der Personalbestand durch sozialverträgliche Regelungen um 45 Personen oder 4,8 % sowie weitere Aufwandspositionen gesenkt werden. Die HAVAG konnte ihren Kostendeckungsgrad verbessern und spiegelbildlich hierzu eine weitere Senkung des gesamten Zuschussbedarfes von 32,3 Mio. € (2005) auf 29,1 Mio. € erreichen.

Die HAVAG erwirtschaftete eine Gesamtleistung (ohne Betriebskostenzuschüsse) von 99,2 Mio. €, welche hauptsächlich bedingt durch die Ausbuchung nicht aktivierungsfähiger Zuschüsse um 52,3 Mio. € über den Vorjahreswert lag. Unter Außerachtlassung des Effektes lag die Gesamtleistung auf Vorjahresniveau. Unter Einbeziehung der Betriebskostenzuschüsse erzielte HAVAG ein Ergebnis vor Steuern und vor Ergebnisabführung von 0,4 Mio. € (0,2 Mio. € in 2005).

4 Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen des Konzerns betrug zum Stichtag 1.132 Mio. € und lag um 81,4 Mio. € unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Dieses war hauptsächlich Folge der Ausbuchung von nicht aktivierungsfähigen Zuschüssen bei der HAVAG sowie der außerordentlichen Wertberichtigungen auf Ebene des SWH-Teilkonzerns.

Das Umlaufvermögen stieg im Vorjahresvergleich um 13,5 Mio. €. Während die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr um 27,3 Mio. € anstiegen, wiesen die sonstigen Vermögensgegenstände, die sonstigen Wertpapiere und die Bankguthaben zusammen einen um 21,1 Mio. € geringeren Bestand auf. Ursächlich hierfür war eine im Vergleich zum Vorjahr abweichende Geldanlage der Finanzmittelbestände des Konzerns zum Stichtag.

Das Eigenkapital des Konzerns verringerte sich zum Vorjahr um 48,4 Mio. €. Hierbei führte eine an die Gesellschafterin erfolgte Ausschüttung in Höhe von 5,0 Mio. € aus der Kapitalrücklage zu einem entsprechenden Rückgang in dieser Position. Des Weiteren ging das erwirtschaftete Kapital hauptsächlich in Folge des Jahresfehlbetrages um 20,3 Mio. € zurück. Aus der ertragswirksamen Auflösung des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung des SWH-Teilkonzerns resultierte eine Abnahme um 10,8 Mio. €. Wesentlich für die Abnahme der Anteile anderer Gesellschafter war der Rückkauf der EVH-Anteile (10 %).

Die außerordentlichen Wertberichtigungen im Anlagevermögen des SWH-Teilkonzerns sowie die Ausbuchung nichtaktivierungsfähiger Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen der HAVAG führten zu einer ertragswirksamen Auflösung der dafür vereinnahmten und in den Sonderposten für Investitionszuschüsse und für Abnehmerbeiträge eingestellten Zuschüsse. Hierdurch bedingt wies der Konzern einen zum Vorjahr um 58,0 Mio. € geringeren Sonderposten für Investitionszuschüsse auf.

Die Rückstellungen erhöhten sich um insgesamt 18,1 Mio. €. Hierbei gingen auf Grund eines Vergleichs im Rahmen einer finanzamtlichen Außenprüfung die Steuerrückstellungen um 11,0 Mio. € zurück. Gegenläufig hierzu stiegen die sonstigen Rückstellungen um 29,4 Mio. €. Dieser Anstieg resultierte hauptsächlich aus der bei KWT gebildeten Drohverlustrückstellung in Höhe von 21,2 Mio. € sowie aus der Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen in allen Geschäftsbereichen.

Mit 527,2 Mio. € lagen die Verbindlichkeiten des Konzerns um 15,4 Mio. € über dem Vorjahreswert. Hierbei nahmen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hauptsächlich durch die Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung des Anteilskaufs von 10 % der Anteile an der EVH GmbH zu. Die Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten war hauptsächlich durch zum Stichtag noch nicht abgeführte Umsatzsteuer entstanden.

Unter Einbeziehung von 50 % der Sonderposten verfügte der Konzern über ein betriebswirtschaftliches Eigenkapital von 472,2 Mio. € gegenüber 549,5 Mio. € im Vorjahr. Die Eigenkapitalquote (i.w.S.) sank von 40,2 % auf 36,4 %.

Kapitalstruktur des VVV-Konzerns					
	2006	2005	2004	2003	2002
Bilanzsumme (in TEuro)	1.296.703	1.386.037	1.295.145	1.224.920	1.191.805
Eigenkapitalquote (in %)	24,2%	25,5%	27,8%	29,7%	26,3%
Eigenkapitalquote i.w.S. (in %)*	36,4%	40,2%	41,8%	43,8%	40,9%

*Die Eigenkapitalquote im weiteren Sinne wurde unter Hinzurechnung von 50 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge ermittelt. Dies erfolgte trotz des Bestehens von Ergebnisabführungsverträgen, in dessen Folge eine etwaige Besteuerung auf Ebene der Gesellschafterin VVV als Organträger vorzunehmen ist und somit eine 100 % Hinzurechnung angemessen wäre.

Hierbei wies der SWH-Teilkonzern mit einem betriebswirtschaftlichen Eigenkapital (bei hälftiger Hinzurechnung des Sonderpostens) von 310,0 Mio. € eine Eigenkapitalquote von 31,9 % auf. Die Investitionen des Teilkonzerns erreichten im Jahr 2006 einen Wert von 58,5 Mio. € (nach 78,2 Mio. € im Vorjahr). Die planmäßigen und außerordentlichen Abschreibungen beliefen sich auf 89,8 Mio. € (Vorjahr 49,5 Mio. €). Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 43,7 Mio. € (Vorjahr 58,0 Mio. €). Der Finanzmittelfonds des Teilkonzerns betrug zum Stichtag 31,8 Mio. € und lag um 16,7 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Die HAVAG erreichte ein betriebswirtschaftliches Eigenkapital unter Hinzurechnung von 50 % der Investitionszuschüsse von 193,7 Mio. €. Dieses führte zu einer Eigenkapitalquote von 54,4 % (Vorjahr 52,9 %). Unter Verwendung von Zuwendungen und Zuschüssen in Höhe von 18,9 Mio. € wurden im Geschäftsjahr 2006 Investitionsmaßnahmen von insgesamt 22,5 Mio. € getätigt. Die Abschreibungen der HAVAG beliefen sich auf 20,9 Mio. €. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit der HAVAG betrug (ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse) -19,9 Mio. € gegenüber -22,8 Mio. € im Vorjahr. Der Finanzmittelfonds der HAVAG lag mit 13,4 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit des VVV-Konzerns betrug 26,1 Mio. € (Vorjahr 39,1 Mio. €). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit erreichte einen Betrag von -86,3 Mio. € und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr bedingt durch die hohen Vorjahresinvestitionen um 22,3 Mio. €. Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit betrug 44,3 Mio. € (Vorjahr 95,0 Mio. €).

5. Finanzmanagement

Die Rahmenbedingungen für die eigenverantwortlichen Darlehensaufnahmen der Unternehmen des SWH-Teilkonzerns sind einheitlich in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die Vereinheitlichung von zu gewährenden Sicherheiten und weiteren Vertragsbedingungen.

Die SWH führt ein aktives Zinsmanagement durch. Zu diesem Zweck wird konzernweit eine Software zur Zinsrisikoerfassung und -bewertung eingesetzt. Mit Hilfe von Positionslimiten (für das Verhältnis von variablen und fixen Positionen) und Risikolimiten (für Cash-Flow at Risk und Value at Risk) werden die zinstragenden Positionen des Konzernportfolios gesteuert. Im SWH-Teilkonzern werden Zinssicherungsinstrumente ausschließlich mit dem Ziel der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt, ein spekulativer Handel mit Finanzderivaten erfolgt nicht.

Die HAVAG schloss zur Absicherung finanzieller Risiken aus Preisschwankungen bei Dieselmotorkraftstoffen ein Rohwarengeschäft ab.

6. Risikomanagement

Das Risikomanagement des Konzerns umfasst alle wesentlichen Konzernunternehmen. Die Identifikation und Bewertung von Risiken sowie die Dokumentation und Überwachung von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zur Risikobegegnung erfolgen nach einem konzernweit einheitlichen System.

In Bezug auf den SWH-Teilkonzern bestehen derzeit keine den Bestand gefährdenden Risiken.

Bei der HAVAG wurden Risiken aus der europäischen Marktöffnung, der Problematik des Beihilferechts, der ungünstigen allgemeinen tariflichen Entwicklung gegenüber Mitbewerbern sowie aus der möglichen Nichtanerkennung des steuerlichen Querverbundes als bestandsgefährdend eingestuft. Als wesentliche Maßnahme zur Risikoabwehr bzw. -gegensteuerung ist vor allem die weitere konsequente Umsetzung des Rationalisierungskonzeptes der HAVAG zur Erreichung wettbewerbsfähiger Kostenstrukturen zu nennen.

7. Chancen, Risiken und Ausblick

Chancen und Risiken der VVV ergeben sich hauptsächlich aus den Chancen- und Risikoprofilen der Tochterunternehmen. Für alle Geschäftsbereiche wird mit einem steigenden Ertrags- und Kostendruck gerechnet, der insbesondere aus der Bevölkerungsentwicklung, der für alle Geschäftsbereiche erwarteten zunehmenden Wettbewerbsintensität sowie aus der Ergebnisermittlung der Gesellschafterin resultieren wird.

Die staatlichen Maßnahmen in der Energiewirtschaft und hier die Festsetzung der Netznutzungsentgelte für Strom und Gas sowie insbesondere die anstehende Anreizregulierung werden beachtliche Anpassungen auf der Kostenseite erfordern. Für die Geschäftsbereiche Wasser/Abwasser und Abfallwirtschaft ist sowohl durch die Diskussionen auf europäischer und Bundesebene als auch durch die jüngsten Rechtsprechungen über die Zulässigkeit von Inhouse-Geschäften eine Liberalisierung dieser Märkte über kurz oder lang nicht auszuschließen. Für diesen Fall wird – anders als in der Energiewirtschaft – die Einführung von Konzessionswettbewerben erwartet. Auch hieraus lässt sich ein beachtlicher Druck auf die Ertrags- und Kostensituation ableiten.

Die Konzernleitung zielt deshalb weiterhin auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Beteiligungsportfolios. Instrumente hierfür sind auf Ebene des SWH-Teilkonzerns: die weitere Umsetzung der Shared-Services-Projekte in den Querschnittsbereichen Einkauf, kaufmännische Leistungen und Öffentlichkeitsarbeit, die Ausweitung der Produktpaletten der Geschäftsbereiche sowie der Ausbau der Wertschöpfungstiefen. Im Geschäftsjahr 2007 werden darüber hinaus auch verschiedene Kooperations- und Akquisitionsprojekte sowie mögliche Effizienzvorteile durch die Zusammenfassung von Tochterunternehmen geprüft.

Energie

Im Geschäftsbereich Energie ist in den kommenden Jahren, insbesondere mit Einführung der Anreizregulierung, von einem weiteren Erlösdruck auf die Netznutzungsentgelte auszugehen. Dieses erfordert weitere Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz.

Die hohe Volatilität an den Energiemärkten führt zu wachsenden Preisrisiken auf der Bezugs- und der Absatzseite. Hierbei lassen die aktuellen politischen Rahmenbedingungen und auch die Wettbewerbsintensität eine vollumfängliche Weitergabe gesteigerter Bezugskosten mitunter nur in einem unzureichenden Ausmaß zu. In den kommenden Jahren werden deshalb sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft, um Kostenbelastungen kompensieren zu können.

Beachtlicher Einfluss auf den Erfolg des Geschäftsbereiches Energie geht von der hohen Abhängigkeit der Gasbezugskosten vom Heizölpreis aus, der wiederum Schwankungen unterworfen ist, die zum Teil auch rein spekulativer Natur sind. Derartigen Risiken begegnet die EVH mit Preissicherungsgeschäften.

Wasser/Abwasser

Für das Geschäftsfeld Wasser/Abwasser werden in den nächsten Jahren weitere Rückgänge der erlöswirksamen Mengen durch die Bevölkerungsentwicklung und dem weiterhin sparsamen Umgang mit Trinkwasser erwartet. In diesem Zusammenhang werden Chancen in der weiteren Umsetzung von Kostensenkungspotentialen durch Reduzierung von Betriebs- und Verwaltungskosten, der Umsetzung von Shared Services-Lösungen im Konzern sowie durch Zusammenarbeit in Kooperationen gesehen.

Für den Erfolg der HWA wird die Sicherstellung eines kostengünstigen Bezuges von Fernwasser von beachtlicher Bedeutung sein. Chancen zur Sicherstellung angemessener Bezugskosten werden in der mittelbaren Gesellschafterstellung der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH gesehen.

Abfallwirtschaft/Logistik

Im Entsorgungsbereich wird von einem leichten Rückgang der Sammlungsleistungen für Rücknahmesysteme nach der Verpackungsverordnung und von geringeren Leistungen der Gebäudereinigung ausgegangen. Zur Kompensation zielt die SGH auf den weiteren Ausbau der Sortierung, Umladung und Behandlung. Gleichzeitig sollen Prozesskosten durch den Ausbau der Fertigungstiefe optimiert werden.

Die Qualifikation der Mitarbeiter soll durch zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen sowohl für den Umgang mit komplexen Technologien als auch für eine hohe Kundenzufriedenheit verbessert werden.

Die Situation der Hafen Halle GmbH wird nach derzeitiger Einschätzung weiterhin angespannt bleiben. Der wesentliche Schwerpunkt des Unternehmens besteht in der Stabilisierung und Ausweitung des Umschlaggeschäftes durch verstärkte Akquisitionstätigkeiten. Daneben besteht die Zielsetzung in der Ansiedlung weiterer hafenauffiner Unternehmen. Mit den Ansiedlungen werden auch Chancen für das Geschäftspotential anderer Konzernunternehmen erwartet.

Services

Für die ITC wird nicht mit einer Wiederholung des Gewinns des Jahres 2006 gerechnet. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Gesellschaft stehen die Absicherung der Datenverarbeitung in den Konzernunternehmen, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner sowie der Ausbau der Berater- und Betreuungskompetenz für das Abrechnungssystem SAP IS-U.

Darüber hinaus wird der Ausbau der Positionierung im Markt als Kompetenzzentrum für das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen, die gezielte Erstellung ganzheitlicher Beratungsleistungen und Produkte für kleine und mittlere Kommunen zusammen mit Partnern sowie die Weiterentwicklung der bestehenden Produktreihen angestrebt.

Eine weitere Steigerung der Rentabilität des Unternehmens wird durch die fortgesetzte Verringerung der Inanspruchnahme Dritter für die Erbringung von DV-Dienstleistungen und -Projekten erwartet. Hierzu erfolgt eine zielgerichtete Qualifizierung der Mitarbeiter.

Verkehr

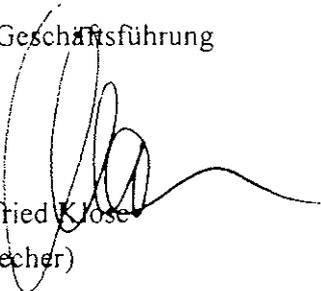
Die Zulässigkeit öffentlicher Zuschüsse sowie die Zulässigkeit von Inhouse-Geschäften im Verkehrsbereich unterliegen weiterhin einem Wandel durch gesetzgeberische Initiativen auf Ebene der EU sowie durch Rechtsprechungen. Die Aufmerksamkeit der HAVAG ist deshalb auch künftig auf die schnellstmögliche Erreichung wettbewerbsfähiger Kostenstrukturen gerichtet. Hierin wird eine beachtliche Chance gesehen, um unabhängig von nicht auszuschließenden Änderungen von Zulässigkeitsbedingungen die Geschäftstätigkeit erfolgreich fortführen zu können.

Der Vorstand der HAVAG wird deshalb die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung des Zuschussbedarfes konsequent weiterführen. Es gilt auch weiterhin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV-Angebotes durch die weitere Umsetzung des Rationalisierungskonzeptes und durch einen zielgerichteten und effektiven Ressourceneinsatz zu verbessern.

Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2007 ein Ergebnis des Konzerns von ca. 8,0 Mio. €.

Halle (Saale), den 31. August 2007

Die Geschäftsführung


Wilfried Klose
(Sprecher)


Egbert Geier


François Girard

Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH, Halle

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2006

AKTIVA

	31.12.2006 EUR	Vorjahr TEUR
A. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	0,00	307
B. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.337.711,99	8.537
2. Geschäfts- oder Firmenwert	8.636.999,46	0
3. Geleistete Anzahlungen	18.409,78	19
	<u>14.993.121,23</u>	<u>8.556</u>
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	144.120.751,21	163.378
2. Technische Anlagen und Maschinen	875.573.276,59	876.105
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.784.041,30	19.624
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	23.763.662,87	92.581
	<u>1.061.241.731,97</u>	<u>1.151.688</u>
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	50.000,00	50
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	14.001.551,93	13.749
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	1.494.133,15	1.498
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	36.765.804,10	35.195
5. Sonstige Ausleihungen	3.612.166,08	2.896
6. Rückdeckungsversicherungsanspruch	125.492,00	87
	<u>56.049.147,26</u>	<u>53.475</u>
	<u>1.132.284.000,46</u>	<u>1.213.719</u>
C. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.431.264,82	6.018
2. Unfertige Leistungen	48.281,61	166
3. Geleistete Anzahlungen	0,00	2.097
	<u>5.479.546,43</u>	<u>8.281</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	86.422.193,21	49.120
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	317.967,63	251
3. Sonstige Vermögensgegenstände	20.828.322,46	51.628
	<u>107.568.483,30</u>	<u>100.999</u>
III. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	0,00	5.000
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>48.197.877,26</u>	<u>33.511</u>
	<u>161.245.906,99</u>	<u>147.791</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>3.175.241,70</u>	<u>4.220</u>
	<u>1.296.705.149,15</u>	<u>1.366.037</u>

000001

	PASSIVA	
	31.12.2006 EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	26
II. Kapitalrücklage	56.355.025,74	61.355
III. Erwirtschaftetes Kapital Gewinnrücklagen der einbezogenen Unternehmen	163.126.942,78	185.049
IV. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	65.235.318,13	76.048
V. Anteile anderer Gesellschafter	29.282.535,56	39.909
	<u>314.025.386,80</u>	<u>362.387</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge	<u>316.221.249,39</u>	<u>374.223</u>
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	717.444,21	743
2. Steuerrückstellungen	4.816.932,65	16.041
3. Sonstige Rückstellungen	119.618.177,89	90.234
	<u>125.152.554,75</u>	<u>107.018</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	450.584.053,59	440.276
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	359.513,88	360
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	42.996.694,60	45.419
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	0,00	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.952.868,74	2.440
6. Sonstige Verbindlichkeiten	29.302.824,59	23.344
davon aus Steuern: EUR 9.862.530,22 (Vorjahr: TEUR 5.891)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 280.837,95 (Vorjahr: TEUR 1.645)		
	<u>527.195.955,40</u>	<u>511.839</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	14.110.002,81	10.570
	<u>1.296.705.149,15</u>	<u>1.366.037</u>

Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH, Halle
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	2006 EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse	444.187.672,63	410.201
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-118.083,05	84
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	2.740.446,14	2.981
4. Sonstige betriebliche Erträge	123.075.821,16	60.989
	<u>569.885.856,88</u>	<u>494.252</u>
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	171.793.550,85	135.924
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	41.743.399,80	43.675
	<u>213.536.950,65</u>	<u>179.599</u>
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	82.337.009,78	85.144
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 3.489.373,41 (Vorjahr: TEUR 4.108)	20.860.324,40	21.325
	<u>103.197.334,18</u>	<u>106.469</u>
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	71.685.406,92	72.064
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	141.638.340,77	89.208
	<u>39.827.824,36</u>	<u>46.913</u>
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 3.233.513,26 (Vorjahr: TEUR 1.373)	3.253.094,34	1.493
10. Verluste aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 2.242.152,08 (Vorjahr: TEUR 51)	2.242.152,08	51
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.707.966,42	3.473
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.892.716,99	1.920
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	369.795,64	0
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.615.869,32	19.794
	<u>-15.374.039,29</u>	<u>-12.959</u>
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>24.453.785,07</u>	<u>33.954</u>
16. Außerordentliche Erträge	32.869.989,64	1.342
17. Außerordentliche Aufwendungen	77.074.104,23	11.095
18. Außerordentliches Ergebnis	-44.204.114,59	-9.753
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-87.006,67	1.192
20. Sonstige Steuern	649.785,02	600
	<u>562.778,35</u>	<u>1.792</u>
21. Konzern-Jahresfehlbetrag (Vorjahr: Konzern-Jahresüberschuss)	-20.313.107,87	22.409
22. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	5.000.000,00	0
23. Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	21.922.375,63	0
24. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	0,00	21.116
25. Gewinnausschüttungen	5.000.000,00	0
26. Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn	1.609.267,76	1.293
27. Konzern-Bilanzgewinn	<u>0,00</u>	<u>0</u>

VVV Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH, Halle

Anhang zum Konzernabschluss zum 31. Dezember 2006

I. Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Der Konzernabschluss ist auf den Stichtag des Jahresabschlusses der VVV Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH, Halle (VVV), den 31. Dezember 2006, aufgestellt. Die Jahresabschlüsse aller zum Konsolidierungskreis gehörenden Konzernunternehmen sind ebenfalls zum 31. Dezember 2006 aufgestellt.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind nach den für große Kapitalgesellschaften maßgeblichen Vorschriften des HGB aufgestellt. Für den Jahresabschluss der Hallesche Verkehrs-AG fanden daneben die maßgeblichen Vorschriften des Aktiengesetzes und die Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen in der Fassung vom 13. Juli 1988, für die übrigen Gesellschaften das Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung Anwendung.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind außerdem einheitlich nach der „Richtlinie für die Erstellung der Einzelabschlüsse der Tochterunternehmen und des Konzernabschlusses der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH“ aufgestellt.

Die Gliederung der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen mit Ausnahme der konsolidierungsspezifischen Posten, der Sonderposten nach DMBilG und weiteren den Besonderheiten des Konzerns entsprechenden Posten § 298 Abs. 1 HGB i. V. m. § 266 und § 275 HGB.

Der Konzernabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Konzernjahresergebnisses aufgestellt.

II. Abgrenzung des Konsolidierungskreises

1. Konzernunternehmen

In den Konzernabschluss werden gemäß § 294 Abs. 1 HGB die VVV als Mutterunternehmen und alle unter deren einheitlicher Leitung stehenden 16 (Vorjahr: 16) Tochterunternehmen mit Sitz im Inland einbezogen.

Die Konzernunternehmen sind:

1.	Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH, Halle (Saale) (VVV)		
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006):	EUR	76.607.035,28
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	-9.377.726,33
2.	Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale) (HAVAG)		
	Anteil am Kapital:	%	100,0
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006):	EUR	83.582.738,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006, Ergebnisabführungsvertrag - EAV)	EUR	0,00
3.	Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale) (SWH)		
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	196.527.288,79
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres	(2006, EAV) EUR	0,00
4.	Hallesche Wasser und Abwasser GmbH, Halle (Saale) (HWA)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	80.007.450,10
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006, EAV)	EUR	0,00
5.	Stadtwirtschaft GmbH Halle, Halle (Saale) (SGH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	6.890.328,85
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006, EAV)	EUR	0,00
6.	Hafen Halle GmbH, Halle (Saale) (Hafen)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	3.726.798,55
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006, EAV)	EUR	0,00

7.	EVH GmbH, Halle (Saale) (EVH)		
	Anteil am Kapital	%	70,0
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	76.735.592,97
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006, EAV)	EUR	0,00
8.	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, Halle (Saale) (KWT)		
	Anteil am Kapital	%	60,0
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	741.373,23
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006, EAV)	EUR	0,00
9.	TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Halle (Saale) (TELONON)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	24.547,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006, EAV)	EUR	0,00
10.	RPL Recyclingpark Lochau GmbH, Schkopau (RPL)		
	Anteil am Kapital	%	75,1
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	0,00 ¹
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	-19.729,88
11.	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (Saale) (FTZ)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	38.443,18
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	1.462,54
12.	Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (Maya mare)		
	Anteil am Kapital	%	94,9
			(82,4 mittelbar über SWH, 12,5 mittelbar über SWH und HWA)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	5.039.794,25
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	-223.757,30

¹ Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag EUR 1.590.938,65

13.	W + H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale) (W + H)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
			(mittelbar über SWH und HWA)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	224.610,70
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006, EAV)	EUR	0,00
14.	IT-Consult Halle GmbH, Halle (Saale) (IT-Consult)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	521.626,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006, EAV)	EUR	0,00
15.	Public Services Management GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (PSM)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
			(49,0 mittelbar über SWH, 51,0 mittelbar über SWH und HWA)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	92.448,56
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	1.030,42
16.	Public Services GmbH, Halle (Saale) (PS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
			(49,0 mittelbar über SWH, 51,0 mittelbar über SWH und HWA)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	27.995,65
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	547,17
17.	Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) (SGS)		
	Anteil am Kapital	%	51,0
			(mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	84.942,97
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	18.677,27

Auf die Einbeziehung der nachfolgenden Gesellschaften in den Teilkonzernabschluss der SWH und den Konzernabschluss der VVV wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet:

18.	Cives Dienste GmbH, Halle (Saale) (Cives)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	16.791,88
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	-1.694,06

19. Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Saale) (vormals IST)		
Anteil am Kapital	%	70,0
		(mittelbar über SWH und EVH)
Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	22.645,85
Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2006)	EUR	-2.354,15

2. Assoziierte Unternehmen

Gemäß § 311 Abs. 1 HGB werden zehn (Vorjahr: zehn) Unternehmen mit Sitz im Inland als assoziierte Unternehmen in den Konsolidierungskreis einbezogen.

1. HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L., Halle (Saale) (HAL-SAN)		
Anteil am Kapital	%	30,0
		(mittelbar über SWH)
Eigenkapital des Geschäftsjahres (2000)	EUR	173.451,73
Ergebnis des Geschäftsjahres (2000)	EUR	-147.993,04
2. WER - Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH, Halle (Saale) (WER)		
Anteil am Kapital	%	30,0
		(mittelbar über SWH und SGH)
Eigenkapital des Geschäftsjahres (2006)	EUR	737.969,39
Ergebnis des Geschäftsjahres (2006)	EUR	111.397,29
3. GISA GmbH, Halle (Saale) (GISA)		
Anteil am Kapital	%	25,1
		(mittelbar über SWH)
Eigenkapital des Geschäftsjahres (2006)	EUR	8.283.074,11
Ergebnis des Geschäftsjahres (2006)	EUR	3.183.074,11
4. Abrechnungsgesellschaft für Ver- und Entsorgungs- leistungen mbH, Halle (Saale) (AVE)		
Anteil am Kapital	%	23,9
		(mittelbar über SWH)
Eigenkapital des Geschäftsjahres (2006)	EUR	1.547.266,26
Ergebnis des Geschäftsjahres (2006)	EUR	80.192,62

5.	EnD-I AG, Halle (Saale) (EnD-I)		
	Anteil am Kapital	%	27,91
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des Geschäftsjahres (2006)	EUR	5.684.823,89
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2006)	EUR	341.022,44
6.	Saalebus GmbH, Halle (Saale) (Saalebus)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
			(mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital des Geschäftsjahres (2006)	EUR	27.754,22
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2006)	EUR	1.269,41
7.	IPOSA Internetportal Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale) (IPOSA)		
	Anteil am Kapital	%	33,3
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des Geschäftsjahres (2006)	EUR	827,52
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2006)	EUR	392,40
8.	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale) (FSA)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des Geschäftsjahres (2006)	EUR	4.574.305,93
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2006)	EUR	4.520.681,92
9.	RAB Halle GmbH, Halle (Saale) (RAB)		
	Anteil am Kapital	%	25,1
			(mittelbar über SWH)
	Eigenkapital des Geschäftsjahres (2005)	EUR	182.529,52
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2005)	EUR	-64.771,92
10.	OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH, Halle (Saale) (OBS)		
	Anteil am Kapital	%	33,0
			(mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital des Geschäftsjahres (2006)	EUR	5.255.462,62
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2006)	EUR	-115.978,32

III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt als Vollkonsolidierung mittels Buchwertmethode gemäß § 301 Abs. 1 Nr. 1 HGB. Als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung wurde der Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung gewählt, wobei grundsätzlich die Wertverhältnisse zu Beginn des Geschäftsjahres 1997 zu Grunde gelegt wurden. Die Konsolidierung der Tochterunternehmen der SWH, der HWA und der HAVAG erfolgt in Form der Kettenkonsolidierung.

Da die Stadt Halle (Saale) der VVV die gesamten Geschäftsanteile an der SWH und die gesamten Aktien der HAVAG zum 19. Dezember 1996 zum Nennwert übertragen hat, ergab sich ein passivischer Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung, der innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen wird.

Die Behandlung des passivischen Unterschiedsbetrages in folgenden Geschäftsjahren erfolgt gemäß § 309 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4).

Der Ausweis der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode erfolgt mittels der Buchwertmethode gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HGB zum Zeitpunkt des Erwerbes der Anteile. Der Konzernanteil am Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag der assoziierten Unternehmen wird entsprechend der vorliegenden geprüften bzw. ungeprüften (bei nicht prüfungspflichtigen Unternehmen) Jahresabschlüsse periodengleich dem Anteilswert zugeschrieben bzw. vermindert diesen; vereinnahmte Gewinnausschüttungen von assoziierten Unternehmen werden im Jahr des Zuflusses vom Anteilswert abgesetzt. Für diese Gesellschaften sind die letzten vorliegenden Jahresabschlüsse (für HALSAN Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000, RAB Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005) zu Grunde gelegt worden.

Ausleihungen und andere Forderungen sowie Verbindlichkeiten zwischen den konsolidierten Gesellschaften werden gegeneinander aufgerechnet, konzerninterne Rückstellungen werden aufgelöst.

Umsatzerlöse und andere Erträge zwischen den konsolidierten Unternehmen werden im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als andere aktivierte Eigenleistungen auszuweisen sind.

Die Auswirkungen aus den erfolgswirksamen Konsolidierungsvorgängen des Vorjahres sowie die vereinnahmten Gewinnausschüttungen der assoziierten Unternehmen für 2006 wurden mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet.

IV. Erläuterungen zur Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Konzernabschluss wurde auf der Grundlage der Einzelabschlüsse der konsolidierten Unternehmen und unter Beachtung der Grundsätze der §§ 290 bis 315 HGB erstellt.

Wie im Vorjahr werden die im Konzernabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden einheitlich nach den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der VVV mit Ausnahme der Pensionsrückstellungen bilanziert.

Bei der Bewertung der aus den Einzelabschlüssen in den Konzernabschluss übernommenen Pensionsrückstellungen wurden Zinssätze zwischen 4,5 % und 6 % zu Grunde gelegt. Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind.

Eine Zwischenergebniseliminierung gemäß § 304 Abs. 1 HGB wurde wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht durchgeführt.

Auf eine Anpassung der der Equity-Bewertung der assoziierten Unternehmen zu Grunde liegenden Vermögensgegenstände und Schulden auf konzerneinheitliche Bewertungsmethoden wurde verzichtet.

Besondere Ansatz- und Bewertungswahlrechte im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses wurden nicht wahrgenommen.

Aktiva

Der Posten **Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs** wurde gemäß §§ 298 Abs. 1 und 269 HGB gebildet und nach den Vorschriften der §§ 298 Abs. 1 und 282 HGB beschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände und **Sachanlagen** wurden ausgehend von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen bewertet. Zinsen für Fremdkapital wurden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Bei der Ermittlung der Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den aktivierungspflichtigen direkt zugeordneten Einzelkosten auch Gemeinkosten im steuerlich geforderten Umfang einbezogen. Bei Maßnahmen im Bereich der HAVAG, für die die Gesellschaft Zuwendungen gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungs-, Investitionsförderungs- und Regionalisierungsgesetz erhält, beruht die Bewertung der aktivierten Eigenleistungen auf dem Eisenbahnkreuzungsgesetz i. V. m. der ersten Eisenbahnkreuzungsordnung.

Die planmäßigen **Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden linear gemäß den in den steuerlichen Abschreibungstabellen festgelegten Nutzungsdauern vorgenommen. Gebäude werden unter Beachtung der Bestimmungen des § 7 Abs. 4 EStG abgeschrieben.

Sofern angezeigt, wurden im Geschäftsjahr außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Grunddienstbarkeiten gemäß § 9 Abs. 1 GBBerG wurden in Höhe der zu leistenden Ausgleichszahlungen abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Der sich im Zusammenhang mit dem Anteilskauf von weiteren 10 % der EVH mit Wirkung zum 1. Januar 2006 ergebende aktivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung von Mio. EUR 8,6 wird als **Geschäfts- oder Firmenwert** ausgewiesen und in den vier Folgejahren zu je 25 % abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang gezeigt. Von dieser Regelung abweichend wurden die in 2003 und 2004 angeschafften Müllgroßbehälter der SGH über einen Nutzungszeitraum von acht Jahren abgeschrieben.

Das **Finanzanlagevermögen** wurde mit Ausnahme der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen mit den Anschaffungskosten ausgewiesen. Sofern angezeigt, wurden die Anschaffungskosten um außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vermindert und die Finanzanlagen mit ihrem Erinnerungswert angesetzt. Sofern die Gründe für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung entfallen sind, werden die Finanzanlagen auf ihre ursprünglichen Anschaffungskosten gemäß § 280 HGB zugeschrieben. Ein zu den Anschaffungskosten einer Finanzanlage durch einen privaten Dritten geleisteter Zuschuss wurde mindernd von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu gleitenden Durchschnittspreisen anhand der Einstandspreise. Gängigkeitsabschläge wurden vorgenommen.

Unter den Vorräten werden bei EVH und KWT unentgeltlich zugeteilte Schadstoff-Emissionsrechte im Sinne des TEHG ausgewiesen, die mit einem Erinnerungswert angesetzt wurden. Unter Berücksichtigung des Börsenkurses am 29. bzw. 30. Dezember 2006 (EUR 6,30 bzw. 6,55 je EUA (EU-Allowance) am EEX Spotmarkt) ergibt sich für diese Emissionsrechte ein Zeitwert von insgesamt TEUR 5.582. Auf Grund des im Geschäftsjahr erfolgten Ausstoßes von CO₂ wurden 424.234 Emissionsberechtigungen (Zeitwert TEUR 2.738) verbraucht, die ebenfalls mit einem Erinnerungswert bewertet wurden und unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen werden.

Unfertige Leistungen werden mit den bis zum jeweiligen Erfüllungsstand angefallenen Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten umfassen die angefallenen Einzelkosten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Berücksichtigung von Pauschalwertberichtigungen und erforderlichen Einzelwertberichtigungen angesetzt.

Des Weiteren wurden entsprechend der gesellschaftsrechtlichen Gegebenheiten die zum Stichtag gegen envia NETZ bestehenden Forderungen abweichend zum Vorjahr unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Der im Vorjahr erfolgte Ausweis in Höhe von EUR 3.308.266,72 unter den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, wurde entsprechend angepasst.

Die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nominalwerten aktiviert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Disagien gemäß § 250 Abs. 3 HGB. Sie werden über die vertraglich vereinbarten Zinsfestschreibungsperioden linear abgeschrieben.

Seit dem Geschäftsjahr 2005 werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesene Prämienzahlungen für Zinscaps linear über die Laufzeit des Caps aufwandswirksam aufgelöst.

Die Finanzsicherungsinstrumente wurden des Weiteren im Einzelfall zum Marktpreis bewertet, soweit dieser den fortgeführten Buchwert unterschritt.

Passiva

Das **gezeichnete Kapital** wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse wurden in Höhe ihres Nennbetrages in den **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge** eingestellt.

Außerdem werden hier erhaltene Fördermittel gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), Investitionsförderungsgesetz (IFG) und Regionalisierungsgesetz (RG) sowie Investitionszuschüsse der Stadt Halle (Saale) und anderer Dritter zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse ausgewiesen.

Die in den Sonderposten eingestellten Investitionszuschüsse wurden analog der auf die bezuschussten Anlagegegenstände im Berichtsjahr vorgenommenen Abschreibungen erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst. Die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmten Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag, vermindert um einen anteiligen Auflösungsbetrag in Höhe von 5,0 % des Nennbetrages, ausgewiesen. Ab dem 1. Januar 2003 vereinnahmte Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag passiviert und werden über die Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

Die **Rückstellungen für Pensionen, Dienstjubiläen und Altersteilzeitaufwendungen** sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Die Rückstellungen entsprechen den Bestimmungen des § 6a EStG und R 41 EStR. Als Rechnungsgrundlage dienten die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Den in den Konzernabschluss übernommenen Pensionsrückstellungen liegen Rechnungszinssätze zwischen 4,5 % und 6,0 % zu Grunde.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden so bemessen, dass sie nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung den voraussichtlichen **Verpflichtungen und erkennbaren Risiken** Rechnung tragen.

Die **Verbindlichkeiten** wurden mit ihren jeweiligen Rückzahlungsbeträgen bilanziert.

Gewinn- und Verlustrechnung

Es werden abweichend zum Vorjahr:

- mit Inkrafttreten des Energiesteuergesetzes zum 1. August 2006 (bis dahin galt das Mineralölsteuergesetz) die in den Umsatzerlösen enthaltene Energiesteuer für Erdgaslieferungen (Erdgassteuer) analog der Stromsteuer als Verbrauchssteuer von den Erlösen aus Erdgaslieferungen abgesetzt. Im Vorjahr sowie bis zum 31. Juli 2006 wurde die Mineralölsteuer ungekürzt in den Umsatzerlösen sowie in den Bezugskosten (Materialaufwand) ausgewiesen.
- die Erträge aus Zuschlägen gemäß § 7 KWK-G (TEUR 12.062; Vorjahr: TEUR 9.043) und EEG-Vergütung (TEUR 437; Vorjahr: TEUR 394) im Posten Umsatzerlöse ausgewiesen. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis der Zuschläge gemäß KWK-G im Posten sonstige betriebliche Erträge und die Erträge aus EEG-Vergütung saldiert mit den Aufwendungen aus dem EEG-Belastungsausgleich im Posten Materialaufwand. Der Vorjahresausweis wurde entsprechend angepasst.
- die Aufwendungen aus dem Belastungsausgleich KWK-G (TEUR 1.880; Vorjahr: TEUR 1.759) im Posten Materialaufwand ausgewiesen. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis im Posten sonstige betriebliche Aufwendungen. Der Vorjahresausweis wurde entsprechend angepasst.

B. Erläuterungen zur Bilanz

1. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs

Die in Vorjahren bei der SGH und dem Hafen aktivierten Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs wurden über vier Jahre abgeschrieben. Im Berichtsjahr betragen die Abschreibungen hinsichtlich des Hafens TEUR 304 und hinsichtlich der SGH TEUR 3.

2. Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten und ihre Entwicklung im Jahr 2006 einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres sind im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Besonderheiten der Ver- und Entsorgungswirtschaft und des Öffentlichen Personennahverkehrs wurde durch eine weitere Untergliederung der technischen Anlagen und Maschinen Rechnung getragen.

Die Zugänge zu Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betreffen neben den Kapitalerhöhungen bei der EnD-I und der FSA die Darstellung der im Rahmen der Equity-Konsolidierung ermittelten anteiligen positiven Jahresergebnisse der einbezogenen assoziierten Unternehmen. Die im Geschäftsjahr vereinnahmten Gewinnausschüttungen sowie die im Rahmen der Equity-Konsolidierung ermittelten anteiligen negativen Jahresergebnisse sind im Anlagenspiegel in der Spalte Abgänge zusammengefasst.

Nach einer Entscheidung des BVerwG kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sämtliche Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH den klagenden Gemeinden zuordnen wird. Sollten hierzu rechtskräftige Entscheidungen vorliegen, hat die so genannte „große GbR“, an der die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH zu 50,0 % beteiligt ist, die von ihr gehaltenen Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH an die Kommunen herauszugeben. Es wurden Vorkehrungen gegen wirtschaftliche Nachteile getroffen.

Der Zugang bei den Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von TEUR 1.571 betrifft den Kauf eines Schuldscheindarlehens (TEUR 1.000) sowie Wertpapiere, die zur Absicherung von Wertguthaben gemäß AltTZG verpfändet sind (TEUR 571).

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen ist im folgenden Forderungsspiegel dargestellt:

	Restlaufzeit		Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	über 1 Jahr TEUR	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	86.414	8	86.422
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	318	0	318
Sonstige Vermögensgegenstände	18.767	2.061	20.828
	<u>105.499</u>	<u>2.069</u>	<u>107.568</u>

Von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen TEUR 4.823 und von den sonstigen Vermögensgegenständen TEUR 425 gegen die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale).

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Sonstige Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen im Folgejahr abzugsfähige Vorsteuer (TEUR 3.410 – am Bilanzstichtag rechtlich noch nicht entstanden), Forderungen gegen das Finanzamt aus Erstattungsguthaben Körperschaftsteuer (TEUR 2.476), Erstattungsguthaben aus Gewerbesteuer (TEUR 190), Körperschaftsteuererstattungen gem. § 37 Abs. 5 KStG n. F. (TEUR 37) sowie aus Erstattungsansprüchen Körperschaftsteuer auf Grund der Betriebsprüfung 1998 bis 2001 (TEUR 7.148) sowie Umsatzsteuer (TEUR 1.555). Darüber hinaus beinhalten sie Forderungen an Betriebszugehörige (TEUR 1.712) sowie Forderungen gemäß Energiesteuer-/Mineralölsteuergesetz (TEUR 1.679).

Unter den **liquiden Mitteln** werden mit TEUR 46 Guthaben ausgewiesen, die zum Bilanzstichtag nicht frei verfügbar waren. Des Weiteren umfassen die Guthaben bei Kreditinstituten Beträge in Höhe von TEUR 747, die im Rahmen der Insolvenzversicherung (§ 8 AltTZG) der Wertguthaben der im Blockmodell beschäftigten Arbeitnehmer an Kreditinstitute verpfändet wurden. Mit Erfüllung der Verpflichtungen aus den Altersteilzeitverträgen wird die Verfügungsberechtigung über diese Guthaben zurückerlangt.

Im **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind gemäß § 250 Abs. 3 HGB Disagien in Höhe von TEUR 970 enthalten.

Zur Zinssicherung laufender sowie einer vorgesehenen variablen Fremdfinanzierung wurden auf der Grundlage von Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte Zinsbegrenzungsgeschäfte (Caps) erworben. Die darauf zu zahlenden Prämien wurden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über den Zinssicherungszeitraum linear aufgelöst.

Das Gesamtsicherungsvolumen der Caps, SWH betreffend, beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 30.604. Die Summe der hier ausgewiesenen Buchwerte beträgt zum 31. Dezember 2006 TEUR 203. Gemäß Stichtagsbewertung (Ableitung aus dem Marktwert eines gleichwertigen Finanzinstrumentes) beläuft sich die Summe der Marktwerte der Caps zum 31. Dezember 2006 auf TEUR 60.

Zur Absicherung eines variablen Darlehens der EVH (Mio. EUR 22,9) wurde ein Cap abgeschlossen. Der Nominalwert des Caps beträgt TEUR 119, der Zeitwert zum 31. Dezember 2006 TEUR 10.

Die vier erworbenen Caps der HWA sichern Ausgleichszahlungen zur Kompensation steigender Zinsaufwendungen, soweit der zu Grunde liegende Basiszinssatz die vertraglich festgelegte Obergrenze überschreitet. Zum Bilanzstichtag haben die derivativen Finanzinstrumente einen Restbuchwert in Höhe von TEUR 124. Dieser entspricht dem durch die die Derivate ausgebenden Kreditinstitute ermittelten Marktwert.

Der im Geschäftsjahr 2003 als Zinssicherungsinstrument durch die Maya mare GmbH & Co. KG abgeschlossene CMS-Swap wurde im Berichtsjahr aufgelöst und durch einen Festsatzswap mit 4,08 % p. a. ersetzt.

4. Eigenkapital

Die Entwicklung des Konzerneigenkapitals ist dem Konzernabschluss als gesonderte Anlage beigelegt.

Infolge eines Gesellschafterbeschlusses wurde in 2006 ein Betrag von TEUR 5.000 aus der Kapitalrücklage entnommen und in den Bilanzgewinn eingestellt. Dieser Betrag soll im Geschäftsjahr 2007 an die Gesellschafterin ausgeschüttet werden.

Der passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung beträgt TEUR 65.235 und entfällt vollumfänglich auf den SWH-Teilkonzern (zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung: TEUR 172.952).

Der aus der Kapitalkonsolidierung der HAVAG entstandene Unterschiedsbetrag (zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung TEUR 49.788) ist in Vorjahren gemäß § 309 Abs. 2 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 4 (DRS 4) in dem Ausmaß, in dem der Unterschiedsbetrag auf angefallene, erwartete Aufwendungen im Zusammenhang mit dem in 1997 erworbenen Tochterunternehmen HAVAG entfallen ist, ertragswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen - letztmalig im Geschäftsjahr 2005 - vereinnahmt worden. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2006 ist dieser Unterschiedsbetrag vollständig aufgelöst.

Der aus der Kapitalkonsolidierung der SWH resultierende Unterschiedsbetrag (TEUR 171.505), der Eigenkapitalcharakter aufweist, wird gemäß § 309 Abs. 2 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 4 (DRS 4) planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer des Sachanlagevermögens von 16 Jahren, beginnend ab 1997, abgeschrieben. Für das Geschäftsjahr 2006 wurden TEUR 10.719 ertragswirksam in die sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

Der aus der Kapitalkonsolidierung der Maya mare GmbH & Co. KG resultierende Unterschiedsbetrag weist Eigenkapitalcharakter auf. Dieser wird, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2001, nach § 309 Abs. 2 Nr. 2 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4) planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer des Anlagevermögens (elf Jahre) abgeschrieben (TEUR 93 in 2006). Der Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Infolge der von der enviaM zum 1. Juli 1994 geleisteten Sacheinlage ergab sich bei der KWT ein passiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung gemäß § 301 Abs. 3 HGB. Der Unterschiedsbetrag (TEUR 292) wird unter dem Eigenkapital ausgewiesen. Da es sich bei dem Grundstück nicht um einen abnutzbaren Vermögensgegenstand handelt, darf gemäß § 309 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4) der Unterschiedsbetrag erst dann erfolgswirksam aufgelöst werden, wenn am Abschlussstichtag feststeht, dass er einem realisierten Gewinn entspricht.

Der Beteiligungsbuchwert für die SGH überstieg deren Eigenkapital um TEUR 138. Der Unterschiedsbetrag (Goodwill) ist wie im Vorjahr mit den Konzernrücklagen verrechnet worden.

Der **Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** hat sich wie folgt entwickelt:

	EUR
A. Bruttobetrag	
Unterschiedsbetrag 31. Dezember 2005	222.741.855,59
B. Ergebniswirksame Verrechnung	
1. Januar 2006	-146.694.198,68
Zugang	<u>-10.812.338,78</u>
31. Dezember 2006	-157.506.537,46
C. Bilanzausweis 31. Dezember 2006	<u>65.235.318,13</u>
Bilanzausweis 31. Dezember 2005	<u>76.047.656,91</u>

Anteile anderer Gesellschafter am Eigenkapital

<u>Gesellschaft</u>	<u>Fremdanteil</u>	<u>Eigenkapital</u>
	%	EUR
EVH	30,0	30.652.487,35
KWT	40,0	300.022,89
RPL	24,9	-396.143,73
SGS	49,0	41.622,05
Maya mare	5,1	<u>-1.315.453,00</u>
		<u>29.282.535,56</u>

Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn

<u>Gesellschaft</u>	Anteile <u>Anderer</u> EUR
RPL	-4.912,74
Maya mare	-6.136,03
SGS	9.151,86
EVH	1.579.047,47
(davon Ausgleichszahlung 2006 EUR 1.875.000,00)	
KWT	32.117,20
(davon Ausgleichszahlung 2006 EUR 45.000,00)	
	<u>1.609.267,76</u>

5. Rückstellungen

Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen Rückstellungen aus dem Personalbereich (TEUR 26.505), Ausgleichszahlungen gemäß § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz (TEUR 10.561) sowie übrige sonstige Rückstellungen (TEUR 82.552).

In den übrigen sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen Rückstellungen für drohende Verluste (TEUR 21.509), Abgrenzungen für Stromsteuer (TEUR 6.067), ausstehende Eingangsrechnungen (TEUR 15.015), Stilllegungskosten (TEUR 1.708), Erdgassteuer (TEUR 1.286), Rückbau- und Sanierungskosten (TEUR 875), zu zahlende Konzessionsabgaben (TEUR 5.711) und Aufwendungen für Hauptabschlussuntersuchungen an den Niederflur-Straßenbahnen (TEUR 2.457) enthalten.

Von der Rückstellung für drohende Verluste entfallen Mio. EUR 21,2 auf die KWT. Ab dem 1. April 2008 werden mit dem Kraftwerk voraussichtlich keine Erträge mehr erzielt. Der Verkehrswert bzw. beizulegende Wert des Kraftwerks beträgt zum 31. Dezember 2007 (mit Ausnahme der für Wärmelieferungen an die EVH weiter zu nutzenden Spitzenlasterzeuger, die kein direkter Bestandteil des Kraftwerks jedoch auch Bestandteil des Leasingvertrages sind, und der anteilig für das 1. Quartal 2008 in den Leistungspreis einzurechnenden Abschreibungen des zum 31. Dezember 2007 zu aktivierenden Kraftwerks) Null. In Höhe der Differenz zwischen den Anschaffungskosten des Kraftwerks zum 31. Dezember 2007 (Mio. EUR 24,4) und dem beizulegenden Wert des Kraftwerks zum 31. Dezember 2007 wäre zum 31. Dezember 2007 eine außerplanmäßige Abschreibung vorzunehmen. Diese wird zum 31. Dezember 2006 in Form einer Drohverlustrückstellung (Mio. EUR 21,2) vorweggenommen.

Die Fristigkeit der Rückstellungen ist dem folgenden Rückstellungsspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeit			Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	
	TEUR	TEUR	TEUR	
Rückstellungen für Pensionen	198	0	520	718
Steuerrückstellungen	4.817	0	0	4.817
Sonstige Rückstellungen	86.443	21.582	11.593	119.618
	<u>91.458</u>	<u>21.582</u>	<u>12.113</u>	<u>125.153</u>

6. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ist dem folgenden Verbindlichkeitenspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeit			Gesamt TEUR	durch Pfand- rechte oder ähnliche Rechte <u>gesichert</u> TEUR
	bis 1 Jahr	1 - 5 Jahre	über 5 Jahre		
	TEUR	TEUR	TEUR		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.093	125.790	290.701	450.584	1.386 ¹⁾
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	308	51	0	359	0
Verbindlichkeiten aus Liefere- rungen und Leistungen	42.672	324	1	42.997	0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.953	0	0	3.953	0
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>26.045</u>	<u>3.256</u>	<u>2</u>	<u>29.303</u>	<u>0</u>
	<u>107.071</u>	<u>129.421</u>	<u>290.704</u>	<u>527.196</u>	<u>1.386</u>

¹⁾ betrifft eine Buchgrundschuld

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, enthalten im Wesentlichen TEUR 2.968 gegenüber der enviaM, TEUR 447 gegenüber der Fehr Umwelt Ost GmbH, TEUR 328 gegenüber der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH, TEUR 103 gegenüber der Saalebus GmbH und TEUR 98 gegenüber der Omnibus Saalkreis GmbH. Des Weiteren bestehen hier Verbindlichkeiten gegenüber der WER – Wertstoffeffassung in Höhe von TEUR 8 und gegenüber der Beka GmbH in Höhe von TEUR 1 aus Lieferungen und Leistungen.

Unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden TEUR 3.918 (Vorjahr: TEUR 2.650) und unter den sonstigen Verbindlichkeiten TEUR 1.980 (Vorjahr: TEUR 208) gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausgewiesenen **Umsatzerlöse** gliedern sich wie nachfolgend dargestellt:

	<u>2006</u>	<u>2005</u>
	TEUR	TEUR
Strom	154.044	124.547
Wärme	50.517	49.132
Wasser/Abwasser	80.642	79.211
Gas	56.452	52.319
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	34.041	34.921
Entsorgung	14.500	19.304
Freizeit	2.964	2.754
Hafen	894	477
Sonstige Erlöse	<u>50.134</u>	<u>47.536</u>
	<u>444.188</u>	<u>410.201</u>

Im Konzernabschluss wurden **außerplanmäßige Abschreibungen** von insgesamt TEUR 37.823 auf das Anlagevermögen vorgenommen. Diese betreffen mit TEUR 178 Rechte, mit TEUR 37.275 Sachanlagevermögen und mit TEUR 370 Finanzanlagen. Weiterhin wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 101 auf Vorräte vorgenommen.

Im Posten „**Erträge aus Beteiligungen**“ werden im Wesentlichen die Beteiligungserträge der assoziierten Unternehmen FSA (TEUR 2.282), GISA (TEUR 799) und EnD-I (TEUR 96) ausgewiesen. Im Posten „**Verluste aus Beteiligungen**“ sind Aufwendungen aus der erfolgswirksamen Abschreibung des aktivischen Unterschiedsbetrags aus der erstmaligen Anwendung der Equity-Bewertung die FSA betreffend (TEUR 2.242) enthalten. Der Posten „Abschreibungen auf Finanzanlagen“ betrifft die außerplanmäßige Abschreibung des assoziierten Unternehmens AVE (TEUR 370).

Im Jahresergebnis des Konzerns sind neben periodenfremden Umsatzerlösen (TEUR 3.957), periodenfremde Erträge (TEUR 895) und periodenfremde Aufwendungen (TEUR 1.024) enthalten.

Die **außerordentlichen Aufwendungen** (TEUR 77.074) enthalten im Wesentlichen betreffend HWA, HFH und KWT außerplanmäßige Abschreibungen (TEUR 36.671), betreffend KWT im Zusammenhang mit der voraussichtlichen Stilllegung des Kraftwerkes die Zuführung zur Drohverlustrückstellung (TEUR 21.227), betreffend EVH Aufwendungen aus Energielieferverträgen (TEUR 9.817) sowie die Zuführung zu Personalarückstellungen zur Anpassung des Personalbestandes an den betriebswirtschaftlich und technisch erforderlichen Umfang und Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen (TEUR 9.243).

Dagegen stehen **außerordentliche Erträge** in Höhe von TEUR 32.870 maßgeblich aus Energielieferverträgen (TEUR 19.634) und aus der außerplanmäßigen Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse und Baukostenzuschüsse (TEUR 12.851).

V. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die Trianel European Energy GmbH wurde eine Bürgschaft in Höhe von TEUR 7.080 durch die EVH übernommen.

Weitere Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Das Bestellobligo für Sachanlagen und andere Investitionen aus in 2006 bereits erteilten Aufträgen beträgt TEUR 6.459. Des Weiteren wurden Verträge über langfristige Strom- (TEUR 42.889) und Gasbezüge (TEUR 266.116) sowie übrige Verträge (TEUR 2.135) geschlossen.

Die Verbindlichkeiten aus diversen anderen Miet-, Pacht- und Leasingverträgen betragen insgesamt TEUR 119.223.

Darin enthalten sind insbesondere folgende finanzielle Verpflichtungen:

- Die Beteiligungsgesellschaft Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT), an der die SWH 60,0 % der Gesellschaftsanteile hält, hat über ein Heizkraftwerk einen Leasingvertrag abgeschlossen. In der verbleibenden Mietzeit von einem Jahr bestehen finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 7.308. Durch die gesetzliche Änderung ab 1. Januar 2005 zur Mindestbesteuerung können zusätzliche finanzielle Verpflichtungen entstehen. In 2006 waren TEUR 122 Gewerbesteuer zu erstatten.
- Weiterhin hat die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH mit Vertrag vom 1. Juli 1995 für ein Büro-, Werkstatt- und Sozialgebäude, eine Fernwärmetrasse sowie bauliche und technische Anlagen einen Leasingvertrag geschlossen. Unter Beachtung eines im Leasingvertrag vereinbarten Restwertes am Ende der Gesamtmietzeit entstehen für die noch verbleibende Mietzeit von einem Jahr finanzielle Verpflichtungen von TEUR 264.

- Im Rahmen diverser Leasingverträge der EVH GmbH bestehen finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 423. Die Restlaufzeit der Leasingverträge beträgt bis zu drei Jahren. Leasinggegenstand sind Gaskesselanlagen und Haushaltsanschluss-Stationen.
- Zwischen der BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Verwaltungsgebäude Halle KG und der Stadtwerke Halle GmbH sowie der EVH wurde am 4. November 1996 ein Mietvertrag abgeschlossen. Mietbeginn war der 1. Juli 1998. Die Mietzeit beträgt 240 Monate. Für die Restlaufzeit des Vertrages (11,5 Jahre) ergeben sich TEUR 30.962 finanzielle Verpflichtungen.
- Weiter wurde am 16. Dezember 1996 ein Mietvertrag zwischen der BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Verwaltungsgebäude Halle KG und der EVH GmbH für das Objekt „Technischer Betriebs-hof“ geschlossen. Die Mietzeit begann am 1. Januar 1998 und endet am 31. Dezember 2017. Der jährliche Mietzins beträgt TEUR 383.

Finanzielle Verpflichtungen aus Andienungsrechtsvertrag:

KWT hat mit Andienungsrechtsvertrag vom 15. Juni 1994 ergänzt durch den Nachtrag Nr. 1 vom 7. März 1996 der SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG Objekt Heizkraftwerk KG unwiderruflich den Kauf des für das Grundstück Gemarkung Trotha, Flur 2, Flurstücksnummer 6/6 bestellten Erbbaurechts nebst Baulichkeiten und Anlagen mit Wirkung zum 31. Dezember 2007 angeboten. Mit Annahme des Kaufangebotes durch SOLON hat die KWT den festgesetzten Kaufpreis in Höhe von TEUR 24.401 zu zahlen. SOLON hat erklärt, von dem Andienungsrecht zum 31. Dezember 2007 Gebrauch zu machen.

Die Gesellschafter der KWT stellen KWT jederzeit so, dass die Verpflichtungen aus dem Leasingvertrag und dem Andienungsvertrag erfüllt werden können.

Übrige finanzielle Verpflichtungen:

Für die Nutzung der Kläranlage Nord hat die HWA bis zum Jahre 2014 einen Grundpreis von insgesamt Mio. EUR 51,6 in vierteljährlichen Raten zu entrichten. Weiterhin ist ein Abwasserbehandlungs-entgelt zu zahlen, dessen Höhe von den Aufwendungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG abhängig ist. Die Höhe dieses Entgeltes betrug im Geschäftsjahr 2006 TEUR 3.686.

Gemäß der Betriebsüberlassungsvereinbarung mit dem Wasserzweckverband „Saalkreis“ vom 2. Dezember 1994 – mit Nachtrag vom 15. Juni 2005 – vergütet die HWA dem WZV die Nutzung der im Eigentum des WZV stehenden Versorgungsanlagen mittels eines Nutzungsentgeltes. Dieses Entgelt berechnet sich nach den dem WZV entstehenden Aufwendungen für Abschreibungen, Zinsen für Kredite sowie einem Pauschalbetrag. Im Jahr 2006 entstanden der HWA hieraus Aufwendungen in Höhe von TEUR 2.639.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden zur Sicherung eines Festpreises für den Gasbezug Commodity-Swaps für das Jahr 2007 und bis zum II. Quartal 2008 abgeschlossen. Diese Swaps hatten zum 31. Dezember 2006 einen Zeitwert von TEUR -6.891 (Mark to Market-Bewertung) und stehen in einem Sicherungszusammenhang mit künftigen Gasbezügen.

Aus dem zwischen der HAVAG und der Kommunalen Anlagen GmbH & Co. KG, Zwickau, geschlossenen Vertrag über die Betreuung des Betriebshofes Rosengarten durch die KG ergibt sich die Verpflichtung zur Zahlung eines jährlichen Entgeltes. Dieses Entgelt setzt sich aus einem Grundpreis sowie einem Betreiberentgelt zusammen. Bei der Kalkulation des Betreiberentgeltes fanden eine Instandhaltungspauschale sowie das an die Gesellschaft zu zahlende Betriebsführungsentgelt, u. a. Betriebskosten, Berücksichtigung. Der Grundpreis beträgt für 2003 bis 2015 Mio. EUR 2,8 bis Mio. EUR 3,1 p. a. Zur Abdeckung der Instandhaltungskosten soll für die Jahre 2008 bis 2015 ein geeigneter Index zur Anpassung der Pauschale an die ermittelten, durchschnittlich auf einen Monat entfallenden Kosten vereinbart werden. Das Betriebsführungsentgelt beträgt jährlich Mio. EUR 2,7 und erhöht sich bis zum Jahr 2007 um jährlich 2,5 %. In der zweiten Jahreshälfte 2007 wird für die Jahre 2008 bis 2015 ein geeigneter Index zur Anpassung des bis zum 31. Dezember 2007 zu zahlenden Entgeltes an die ermittelten, durchschnittlich auf einen Monat entfallenden Kosten vereinbart. Aus der Nutzung des Betriebshofes Rosengarten entstehen der HAVAG in Summe gegenwärtig Aufwendungen von Mio. EUR 6,9; denen stehen Erträge aus Betriebsführungsentgelten von Mio. EUR 3,5 gegenüber.

Aus den Verträgen über die Deutsche Straßenbahnen-Leasingfinanzierung mit US-amerikanischen Vertragspartnern ergeben sich aus Haupt- und Unterleasingvereinbarungen Handlungsfristen und Termine bis zum Jahr 2030.

Im Rahmen der Cross-Border-Leasing-Transaktionen sind Währungsavale von US-\$ 23,7 Mio. sowie Wertpapiere von US-\$ 11,8 Mio. gestellt worden (Kurs am 31.12.2006: 1 US-\$ = 0,758 EUR).

Aus dem mit der Saalebus GmbH geschlossenen Verkehrsbedienungsvertrag ergeben sich für das Jahr 2007 Zahlungsverpflichtungen von ca. TEUR 60 je Monat.

Aus einer Vereinbarung zur Grundstücksbereinigung mit der Stadt Halle (Saale) ergeben sich künftige Zahlungsverpflichtungen in Höhe von TEUR 631. Die Zahlung wird drei Wochen nach Eintritt der Bestandskraft des noch ausstehenden Vermögenszuordnungsbescheides fällig.

Die Stadt Halle (Saale) erwarb 1994 von der Treuhandanstalt die Gasversorgung Halle GmbH. Über die Stadtwerke Halle GmbH wurde die Gasversorgung Halle GmbH in die EVH eingelegt und mit dieser in 1995 verschmolzen. Der endgültige Kaufpreis für die Anteile an der Gasversorgung Halle GmbH steht noch nicht fest. Die Höhe des Anspruches ist abhängig vom Ertragswert der Gesellschaft bzw. einem Anspruch gemäß § 4 Abs. 2 Kommunalvermögensgesetz (KVG) und einem Restitutionsanspruch der Stadt Halle (Saale). Ein abschließendes Gutachten hierzu lag bis zum Bilanzstichtag nicht vor.

Aus einem im Geschäftsjahr 2001 geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag mit der EVH GmbH erwachsen der Stadtwerke Halle GmbH jährlich Zahlungen in Höhe von TEUR 1.875 für Garantiedividenden an außenstehende Gesellschafter der Organgesellschaften. Der Ergebnisabführungsvertrag konnte erstmals zum 31. Dezember 2005 und danach jährlich gekündigt werden; eine Kündigung zum 31. Dezember 2006 erfolgte bisher nicht. Der mit der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bestehende Ergebnisabführungsvertrag wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2006 aufgehoben.

Aus einer im Geschäftsjahr 2004 geschlossenen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 1.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber einem Dritten, der ebenfalls Anteile erwarb.

Die PSM war auch im Geschäftsjahr 2006 für die Abwicklung eines Beratungsvertrages für die Kläranlage in Isparta/Türkei zusammen mit der Firma H.P. Gauff Ingenieure GmbH & Co. KG an einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) mit 42,2 % beteiligt. Der Auftraggeber hat den Vertrag über den gesamten Auftrag mit der ARGE abgeschlossen. Die Mitglieder der ARGE erbringen gegenüber der ARGE vertraglich bestimmte Leistungen. Einlagen wurden nicht geleistet. Die Vertragsparteien haben beschlossen, dass der Gesellschaftsvertrag der ARGE zum 20. Dezember 2006 aufgehoben wird. Belastungen aus der ARGE werden nicht mehr erwartet.

Weiterhin ist PSM gemeinsam mit der EnD-I AG, Halle (Saale), sowie Preuss & Partner GmbH, Halle (Saale), an der im Geschäftsjahr 2003 gegründeten Arbeitsgemeinschaft ISC Infrastructure Consult Halle zu einem Drittel beteiligt. Gegenstand der ISC ist die Übernahme von Projekten u. a. auf den Gebieten Energie- und Wasserversorgung sowie der Abfall- und Abwasserentsorgung und der Stadtreinigung. Die gesellschaftsvertragliche Bareinlage beträgt TEUR 10 je Gesellschafter. Im Geschäftsjahr 2004 wurden davon TEUR 4 eingefordert. Laut Vereinbarung der Gesellschafter ist zum 1. Oktober 2006 der Gesellschafter Preuss & Partner GmbH aus der ARGE ausgeschieden. Ansprüche gegen die ARGE oder die fortführenden Gesellschafter stehen dem ausgeschiedenen Gesellschafter nicht zu. Ebenfalls stellen die verbleibenden Gesellschafter den ausscheidenden Gesellschafter von allen Verbindlichkeiten frei. Die Gesellschafter haben zum 29. Dezember 2006 beschlossen, den Gesellschaftsvertrag der ARGE aufzuheben. Das Gesamthandsvermögen der ARGE wurde entsprechend den geleisteten Einlagen der Gesellschaft auseinandergesetzt. Belastungen aus der ARGE werden nicht mehr erwartet.

Mitarbeitern der Hallesche Wasser und Abwasser GmbH und der Stadtwirtschaft GmbH Halle, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und eine Wartezeit von 60 Monaten erfüllen, ist eine Zusatzversorgung nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zugesagt. Sie beruht auf der Mitgliedschaft im Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt - Zusatzversorgungskasse.

Die Zusatzversorgung umfasst:

- Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit,
- Altersrenten,
- Hinterbliebenenrenten sowie
- Sterbegeld.

Die Umlage bemisst sich nach dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Mitarbeiter. Bei der Hallesche Wasser und Abwasser GmbH belief sich 2006 die der Bemessung zu Grunde liegende Lohn- und Gehaltssumme auf TEUR 11.846, bei der Stadtwirtschaft GmbH Halle auf TEUR 10.509 und bei der HAVAG auf TEUR 25.770. Nach dem Beschluss des Kassenausschusses der Zusatzversorgungskasse Sachsen-Anhalt vom 12. Juni 2002 gilt ab dem Jahr 2003 ein Umlagesatz von 1,5 % und ein Zusatzbeitrag von 4,0 %. Der Zusatzbeitrag dient dem Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge. Von diesem Beitragssatz in Höhe von 5,5 % übernimmt die Hallesche Wasser und Abwasser GmbH 5 % und die Stadtwirtschaft GmbH Halle 4,4 %.

Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis ist diese Verpflichtung bei den Gesellschaften nicht passiviert.

Auf Grund der Einstandspflicht des Arbeitgebers aus Versorgungsleistungen, die nicht durch Zusatzversorgungskasse gedeckt sind, bestehen Verpflichtungen in Höhe von Mio. EUR 6.

2. Mitarbeiter

Der VVV Konzern beschäftigte im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2006 2.686 Arbeitnehmer und Auszubildende.

Struktur der Arbeitnehmer nach Gruppen:

	<u>Personen</u>	<u>Personen</u>
	2006	2005
Gewerbliche Arbeitnehmer	1.447	1.499
Angestellte	1.013	1.037
Kurzarbeiter	2	7
Passive Altersteilzeit	107	90
Ruhende Arbeitsverhältnisse	17	16
Auszubildende	<u>100</u>	<u>149</u>
	<u>2.686</u>	<u>2.798</u>

3. Geschäftsführung

Geschäftsführer der VVV sind Herr Dipl.-Ing. Wilfried Klose (Sprecher), Herr Eberhard Doege (bis 15. Juni 2006), Herr Francois Girard und Herr Egbert Geier (seit 15. Juni 2006).

Die Geschäftsführer erhielten keine Vergütung für ihre Tätigkeiten.

4. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der VVV gehörten im Geschäftsjahr 2006 an:

Vorsitzende	Ingrid Häußler Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale)
Stellvertretender Vorsitzender	Lothar Philipp Bezirksgeschäftsführer der ver.di Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd
	Milad El-Khalil Selbstständiger Kaufmann
	Steffen Gärtner Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der EVH GmbH, Halle (Saale)
	Frank Uwe Heft Angestellter der GISA GmbH, Halle (Saale)
	Burkhard Kocian Betriebsratsvorsitzender der EVH GmbH, Halle (Saale)
	Erhard Koppitz Bezirksleiter des Bezirkes Halle-Magdeburg der IG BCE, Halle (Saale)
	Johannes Krause DGB-Regionsvorsitzender Sachsen-Anhalt/Süd
	Eckard Mahlert Bereichsleiter Finanzen und Rechnungswesen der Halleschen Verkehrs- Aktiengesellschaft, Halle (Saale)

Ulrich Richter
Betriebsratsvorsitzender der Halleschen Verkehrs-Aktiengesellschaft,
Halle (Saale)

Dr. Michael Schädlich
Geschäftsführer und wissenschaftlicher Bereichsleiter der
isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gGmbH
(seit 28. Oktober 2006)

Friedemann Scholze
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt

Herr Peter Velling
Geschäftsführer der SOEX Gruppe
(verstorben am 3. Mai 2006)

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden 2006 Aufwandsentschädigungen in Höhe von insgesamt
TEUR 19 gezahlt.

5. Konzernabschluss des Mutterunternehmens

Der Konzernabschluss der VVV wird entsprechend der gesetzlichen Vorgaben im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Halle (Saale), den 31. August 2007

Die Geschäftsführung

Wilfried Klose
(Sprecher)

Egbert Geier

Francois Girard

VVV Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe
der Stadt Halle (Saale) mbH, Halle

Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2006

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand	Stand	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Abgänge	Stand	Stand	Vorjahr
	01.01.2006				31.12.2006	01.01.2006				31.12.2006	31.12.2006	
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	951.226,92	0,00	0,00	0,00	951.226,92	644.606,85	306.620,07	0,00	0,00	951.226,92	0,00	306.620,07
B. Anlagevermögen												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	24.947.859,05	1.542.047,93	166.533,75	67.708,06	26.588.732,67	16.411.394,97	3.904.058,77	0,00	64.433,06	20.251.020,68	6.337.711,99	8.536.464,08
2. Geschäfts- oder Firmenwert	10.172,27	8.636.999,46	0,00	0,00	8.647.171,73	10.172,27	0,00	0,00	0,00	10.172,27	8.636.999,46	0,00
3. Geleistete Anzahlungen	19.374,00	18.409,78	-19.374,00	0,00	18.409,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.409,78	19.374,00
	<u>24.977.405,32</u>	<u>10.197.457,17</u>	<u>147.159,75</u>	<u>67.708,06</u>	<u>35.254.314,18</u>	<u>16.421.567,24</u>	<u>3.904.058,77</u>	<u>0,00</u>	<u>64.433,06</u>	<u>20.261.192,95</u>	<u>14.993.121,23</u>	<u>8.555.838,08</u>
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	249.035.814,08	1.229.969,66	2.357.661,71	503.294,19	252.120.151,26	85.657.226,70	22.790.436,11	0,00	448.262,76	107.999.400,05	144.120.751,21	163.378.587,38
2. Technische Anlagen und Maschinen												
2.1 Erzeugungsanlagen	188.275.081,36	5.203.285,16	4.390.814,53	6.129.262,79	191.739.918,26	63.641.239,85	23.621.075,86	0,00	6.045.885,55	81.216.430,16	110.523.488,10	124.633.841,51
2.2 Verteilungsanlagen	765.720.347,95	29.317.432,30	6.835.364,19	2.508.718,59	799.364.425,85	281.891.659,35	25.456.703,74	1.175,00	1.810.553,89	305.538.984,20	493.825.441,65	483.828.688,60
2.3 Gleisanlagen und Fahrzeuge ÖPNV	389.722.525,86	6.111.458,44	18.808.470,25	6.714.001,80	407.928.452,75	157.505.919,86	14.039.730,94	-12.706,25	6.427.536,80	165.105.407,75	242.823.045,00	232.216.606,00
2.4 Andere technische Anlagen	70.430.593,19	1.469.071,11	3.317.623,42	58.694,94	75.158.592,78	35.005.055,14	11.803.045,57	0,00	50.809,77	46.757.290,94	28.401.301,84	35.425.538,05
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	81.693.234,39	3.613.158,78	1.096.218,95	2.525.339,72	83.877.272,40	62.068.691,47	6.385.122,50	11.531,25	2.372.114,12	66.093.231,10	17.784.041,30	19.624.542,92
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	92.580.745,48	21.022.533,96	-36.953.312,80	52.837.446,77	23.812.519,87	0,00	48.857,00	0,00	0,00	48.857,00	23.763.662,87	92.580.745,48
	<u>1.837.458.342,31</u>	<u>67.966.909,41</u>	<u>-147.159,75</u>	<u>71.276.758,80</u>	<u>1.834.001.333,17</u>	<u>685.769.792,37</u>	<u>104.144.971,72</u>	<u>0,00</u>	<u>17.155.162,89</u>	<u>772.759.601,20</u>	<u>1.061.241.731,97</u>	<u>1.151.688.549,94</u>
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	15.326.095,23	3.727.983,26	0,00	863.587,22	18.190.491,27	1.576.991,62	2.611.947,72	0,00	0,00	4.188.939,34	14.001.551,93	13.749.103,61
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	1.848.132,15	0,00	0,00	4.000,00	1.844.132,15	349.999,00	0,00	0,00	0,00	349.999,00	1.494.133,15	1.498.133,15
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	35.194.458,54	1.571.345,56	0,00	0,00	36.765.804,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.765.804,10	35.194.458,54
5. Sonstige Ausleihungen	2.895.997,08	716.169,00	0,00	0,00	3.612.166,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.612.166,08	2.895.997,08
6. Rückdeckungsversicherungsanspruch	87.038,00	38.454,00	0,00	0,00	125.492,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	125.492,00	87.038,00
	<u>55.401.721,00</u>	<u>6.053.951,82</u>	<u>0,00</u>	<u>867.587,22</u>	<u>60.588.085,60</u>	<u>1.926.990,62</u>	<u>2.611.947,72</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>4.538.938,34</u>	<u>56.049.147,26</u>	<u>53.474.730,38</u>
	<u>1.917.837.468,63</u>	<u>84.218.318,40</u>	<u>0,00</u>	<u>72.212.054,08</u>	<u>1.929.843.732,95</u>	<u>704.118.350,23</u>	<u>110.660.978,21</u>	<u>0,00</u>	<u>17.219.595,95</u>	<u>797.559.732,49</u>	<u>1.132.284.000,46</u>	<u>1.213.719.118,40</u>

Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH,
Halle

Konzernkapitalflussrechnung 2006

	2006 TEUR	Vorjahr TEUR
Jahresergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten und Betriebskostenzuschüssen	8.084	9.824
Abschreibungen/Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen	72.056	71.940
Zunahme/Abnahme (-) der langfristigen Rückstellungen	-5.815	1.789
Anteilige Jahresergebnisse assoziierter Unternehmen	-992	-1.321
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (-)	-31.538	-38.112
Cash Earnings nach DVFA/SG	41.795	44.120
Zunahme/Abnahme (-) der kurz- und mittelfristigen Rückstellungen	-15.478	4.326
Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	368	-1.374
Gewinnausschüttungen assoziierter Unternehmen	863	657
Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-12.167	-6.849
Zunahme/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	11.179	2.718
Ein- und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	-491	-4.467
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	26.069	39.131
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	1.344	1.481
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-67.997	-107.643
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Anlagen	-1.560	-2.421
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	3.637	766
Auszahlungen für Investitionen in Finanzanlagen	-2.819	-328
Erwerb von konsolidierten Unternehmen	-18.953	-459
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-86.348	-108.604
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (einschließlich Betriebskosten- zuschüsse)	14.198	16.145
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-7.471	-3.328
Veränderung der (Finanz-)Kredite	10.308	42.894
Einzahlungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse und Abnehmerbeiträge sowie vereinnahmte Betriebskostenzuschüsse Dritter	27.292	39.341
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	44.327	95.052
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-15.952	25.579
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	62.410	36.831
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	46.458	62.410

Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH, Halle

Konzernerneigenkapitalspiegel 2006

	Mutterunternehmen				Minderheitsgesellschafter				
	Gezeichnetes Kapital EUR	Kapitalrücklage EUR	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital EUR	Unterschiedsbetrag aus der Kapital-konsolidierung EUR	Eigenkapital EUR	Minderheiten-kapital EUR	Kumuliertes übriges Konzernergebnis EUR	Eigenkapital EUR	Konzern-eigenkapital EUR
Stand am 31. Dezember 2004	25.564,59	61.355.025,74	163.945.538,10	94.297.462,97	319.623.591,40	30.549.409,56	10.501.927,47	41.051.337,03	360.674.928,43
Einzahlungen in die Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausgleichszahlungen an den Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2.435.076,23	-2.435.076,23	-2.435.076,23
Übrige Veränderungen	0,00	0,00	-12.224,17	0,00	-12.224,17	-0,10	0,00	-0,10	-12.224,27
Konzern-Jahresüberschuss	0,00	0,00	21.116.004,48	0,00	21.116.004,48	0,00	1.293.153,83	1.293.153,83	22.409.158,31
Ergebniswirksame Auflösung des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung	0,00	0,00	0,00	-18.249.806,06	-18.249.806,06	0,00	0,00	0,00	-18.249.806,06
Konzerngesamtergebnis	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>21.103.780,31</u>	<u>-18.249.806,06</u>	<u>2.853.974,25</u>	<u>-0,10</u>	<u>-1.141.922,40</u>	<u>-1.141.922,50</u>	<u>1.712.051,75</u>
Stand am 31. Dezember 2005	<u>25.564,59</u>	<u>61.355.025,74</u>	<u>185.049.318,41</u>	<u>76.047.656,91</u>	<u>322.477.565,65</u>	<u>30.549.409,46</u>	<u>9.360.005,07</u>	<u>39.909.414,53</u>	<u>362.386.980,18</u>
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0,00	-5.000.000,00	0,00	0,00	-5.000.000,00	0,00	0,00	0,00	-5.000.000,00
Ausgleichszahlungen an den Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.920.000,00	-1.920.000,00	-1.920.000,00
Übrige Veränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-10.316.146,73	0,00	-10.316.146,73	-10.316.146,73
Konzern-Jahresüberschuss	0,00	0,00	-21.922.375,63	0,00	-21.922.375,63	0,00	1.609.267,76	1.609.267,76	-20.313.107,87
Ergebniswirksame Auflösung des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung	0,00	0,00	0,00	-10.812.338,78	-10.812.338,78	0,00	0,00	0,00	-10.812.338,78
Konzerngesamtergebnis	<u>0,00</u>	<u>-5.000.000,00</u>	<u>-21.922.375,63</u>	<u>-10.812.338,78</u>	<u>-37.734.714,41</u>	<u>-10.316.146,73</u>	<u>-310.732,24</u>	<u>-10.626.878,97</u>	<u>-48.361.593,38</u>
Stand am 31. Dezember 2006	<u>25.564,59</u>	<u>56.355.025,74</u>	<u>163.126.942,78</u>	<u>65.235.318,13</u>	<u>284.742.851,24</u>	<u>20.233.262,73</u>	<u>9.049.272,83</u>	<u>29.282.535,56</u>	<u>314.025.386,80</u>

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH, Halle, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH, Halle, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Halle (Saale), den 31. August 2007

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


(Reif)
Wirtschaftsprüfer


(Drüppel)
Wirtschaftsprüfer



Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen.

(3) Ausschußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.